

Die Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes  
ist in Flensburg

Südergraben 53 • 2390 Flensburg  
Geschäftsführer: Walter Harenberg  
Sprechzeit: Montag bis Freitag 9.30-12.00 Uhr  
Fernsprecher (04 61) 2 67 08,  
außerhalb der Geschäftszeit (04 61) 5 57 06

Bankkonten: Stadtparkasse Flensburg 2 001 020  
Postgirokonto: Hamburg 114 07-206

## WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Uwe Barschel</i> Ansprache zum Deutschen Tag.....	142
<i>Lorenz Rerup</i> Geschichte an der Grenze .....	147
<i>Immo Doege</i> Die deutsche Minderheit in Nordschleswig und ihre dänische Umwelt.....	157
<i>Johann Runge</i> Die dänische Minderheit in Südschleswig und ihre deutsche Umwelt .....	174
Umschau ab Seite 188	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden vom Grenzfriedensbund herausgegeben.

Sie sind eine Mitgliederzeitschrift und im freien Handel nicht erhältlich.

Der Bezugspreis ist enthalten im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion der Grenzfriedenshefte, Südergraben 53, 2390 Flensburg.

Verantwortlich: Artur Thomsen, Holstengang 4, 2390 Flensburg

Druck: Severin GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

## Ansprache zum Deutschen Tag\*

Mit großer Freude bin ich heute zum Deutschen Tag nach Tingleff gekommen. Ich grüße alle deutschen Nordschleswiger im Namen des Landes Schleswig-Holstein sehr herzlich. Ich unterstreiche damit die enge Verbundenheit unseres Landes und seiner Bürger mit Ihnen. Deshalb lassen Sie mich gleich zu Beginn feststellen: Schleswig-Holstein steht an Ihrer Seite – im 40. Jahr des Bestehens des Bundes deutscher Nordschleswiger und auch in Zukunft. Dies gilt gleichfalls für die Bundesregierung. Gemeinsam also – in Bund und Land – fühlen wir Verantwortung und Verpflichtung für unsere deutsche Volksgruppe in Nordschleswig. Wir in Schleswig-Holstein werden darüber hinaus immer unsere besondere Rolle als Bindeglied, als direkter Nachbar und Partner zu Ihnen wahrnehmen. Die vielfältigen Veranstaltungen, die Gesprächskreise und nicht zuletzt diese Kundgebung im Rahmen des traditionsreichen Deutschen Tages bieten uns dafür alljährlich erneut Gelegenheit. So können wir die festen Verbindungen über die Grenzen hinweg manifestieren und ausbauen.

Das war nicht immer so selbstverständlich wie heute. Den Anfang unserer Bindungen über die Grenzen hinweg erschwerte das stark angeschlagene deutsche Selbstbewußtsein nach der Katastrophe unserer jüngsten Vergangenheit. Manchen fiel es lange schwer, sich zu Deutschland, das außerdem geteilt ist, zu bekennen. Das hat auch und besonders das Deutschtum im Ausland schwer erschüttert. Vor allem im geistigen Bereich haben wir es den Deutschen im Ausland nicht immer leicht gemacht, die Gemeinschaft zu wahren oder wieder aufzubauen und an den natürlichen Bedingungen zum Muttervolk festzuhalten. Dabei wissen wir sehr gut, daß Minderheiten in aller Welt verkümmern, wenn sie nicht eine permanente Beziehung zu ihrem Mutterland haben und in dessen Bewußtsein fest verankert sind. Inzwischen hat sich vieles gewandelt. Vaterland, Nation, Geschichte unseres Volkes sind wieder anerkannte Werte. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist gewachsen, so daß daraus eine neue Verantwortung für die deutschen Volksgruppen im Ausland entstehen konnte.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker erklärte mit Recht zu diesem Thema kürzlich auf dem Weltkongreß der Historiker in Stuttgart:

»Die Nationen bieten auch heute den prägenden Rahmen der Zugehörigkeit der Menschen zu einem Volk, der Sprache und Kultur, der gefühlsmäßigen Zuneigung zu einer Existenz, die Treue begründet und rechtfertigt«.

---

\* Diese Ansprache hielt Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel auf der Festveranstaltung zum Deutschen Tag 1985 am 2. November 1985 in Tingleff.

Das sieht der internationalen Zusammenarbeit, zu der wir uns nachdrücklich bekennen, nicht entgegen; denn dieses Zusammenwirken wird von den Nationen geleistet.

Die deutschen Volksgruppen im östlichen Europa waren nach dem Zweiten Weltkrieg durch Vertreibung und Verfolgung sehr dezimiert. Die verbliebenen Angehörigen leiden noch heute vielfach unter Zwang und Unterdrückung. Anders gestaltete sich die Lage im alten Herzogtum Schleswig. Hier konnte verhältnismäßig schnell ein Schlußstrich unter die Auseinandersetzungen gezogen und ein Neuanfang auf der Ebene einer vertrauensvollen Zusammenarbeit erreicht werden. Dieser Neuanfang war jedoch nur möglich, weil beide Minderheiten – bei stark unterschiedlicher Ausgangslage – Selbstbehauptungswillen bewiesen und an der Treue zu ihrem Volkstum festhielten. Entscheidend war natürlich zugleich die Bereitschaft der Staaten, diese Haltung zu respektieren und den Weg zum – in erster Linie kulturellen – Eigenleben der Minderheiten im jeweiligen Inland nicht zu blockieren, sondern zu ebnen.

Gemeinsam gedachten Deutsche und Dänen unter Beteiligung beider Minderheiten im vergangenen März des 30. Jahrestages der Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Es war mir eine Freude, bei dem Festakt in der schleswig-holsteinischen Landesvertretung in Bonn eine so große Zahl deutscher Nordschleswiger begrüßen zu können. Die Minderheiten leisteten mit der gemeinsamen Ausstellung über die Geschichte des Grenzlandes und über die Arbeit der Volksgruppen ihren besonderen Beitrag zu diesem Jahrestag. Und er ist – wenn ich die Stationen der Ausstellung betrachte – noch nicht abgeschlossen. Diese Gemeinsamkeiten beweisen, daß im Zeichen guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit über die Grenze hinweg heute das Handeln aller, die Verantwortung tragen, bestimmen. Deutsche und Dänen sind in den 40 Jahren nach Kriegsende, in den 30 Jahren der Bonn-Kopenhagener Erklärungen ein gutes Stück vorangekommen: im Interesse der Menschen im Grenzland und im Interesse beider Staaten und beider Völker.

Im Zeichen der Minderheiten- und Grenzlandpolitik sind gerade in den letzten Jahren neue Akzente gesetzt worden. Ich freue mich, daß ich dazu einen persönlichen Beitrag leisten konnte, daß dieser von beiden Minderheiten positiv aufgenommen wurde.

Diese Akzente galten nicht nur einer verstärkten finanziellen Förderung der dänischen Minderheit, deren Angehörige gleichberechtigte Bürger unseres Landes sind. Die Neuakzentuierung der Politik der schleswig-holsteinischen Landesregierung in diesem Bereich bedeutete vielmehr das Bemühen um ein stärkeres Aufeinanderzugehen, um ein besseres Verstehen zwischen Mehrheit und Minderheit. Das ist uns gelungen. Und eine Ausstrahlung hatte dieses

politische Handeln von Kiel aus zweifellos auch auf Nordschleswig. Dafür bin ich den Verantwortlichen in Kopenhagen und im Großkreis Nordschleswig sehr dankbar. Seien Sie versichert: in der Minderheiten-Politik der schleswig-holsteinischen Landesregierung hat die deutsche Arbeit hier in Nordschleswig einen hohen und ganz besonderen Rang. Das sollen auch die vielfältigen und vertrauensvollen Kontakte der Landesregierung zu Ihnen dokumentieren.

Schleswig-Holstein wird häufig als Brücke zum Norden bezeichnet. Viele verstehen darunter den Beitrag Schleswig-Holsteins, durch seine Grenzland- und Minderheitenpolitik im Sinne der Verbesserung der Beziehungen zum Nachbarn Dänemark beizutragen. Dies ist in der Tat so. Die Neuakzentuierung der Politik der Landesregierung nach meinem Amtsantritt durch ein grundsätzliches und politisches Entgegenkommen gegenüber dem SSW und der dänischen Minderheit hat nicht nur Spannungen im Landesteil Schleswig abgebaut. In Wirklichkeit hat meine neue Politik dazu beigetragen, daß die dänische Staatsregierung neue politische Spielräume gewonnen hat, nun auch ihrerseits überfällige Schritte auf die deutsche Minderheit in Nordschleswig zu tun. Ich erwähne, daß durch den Abbau alter Spannungen zwischen Landesregierung und SSW die Errichtung eines Kontaktbüros für die deutsche Minderheit in Kopenhagen politisch durchsetzbar war. Damit ist zwar nach wie vor kein Vertreter der deutschen Minderheit im dänischen Parlament vertreten. Aber die deutsche Volksgruppe hat jetzt ein wirkungsvolles Instrument, um ihre Interessen gegenüber den Staatsorganen des Königsreichs zu vertreten. Meine verschiedenen persönlichen Kontakte mit Staatsminister Poul Schlüter habe ich dazu genutzt, die Anliegen der deutschen Volksgruppe mitzuvertreten, ohne mich dabei in die dänische Innenpolitik einzumischen. Der Generalsekretär (Peter Iver Johannsen) hat ja vorhin selbst davon gesprochen, welche Sensation es war, daß der dänische Folketingspräsident Svend Jacobsen zum ersten Mal überhaupt in der Geschichte eine offizielle Delegation der deutschen Minderheit empfangen hat.

Aber unsere Brückenfunktion nach Norden geht weiter. Sie zielt nicht nur auf wirtschaftlichen, sondern auch auf politischen Gründen auf den gesamten nordischen Raum. Die vier Staaten des Nordischen Rates haben es trotz ihrer sehr unterschiedlichen Außenpolitik fertiggebracht, das nun schon traditionelle »nordische Gleichgewicht« zu etablieren. Es ist gewiß keine Selbstverständlichkeit, wenn Dänemark, als Mitglied der EG und der NATO, Norwegen, als NATO-Mitglied außerhalb der EG, das neutrale Schweden und das ebenfalls neutrale Finnland, aber innerhalb der Grenzen der sog. Paasikivi-Kekkonen-Linie, trotz dieser vier sehr verschiedenen politischen Status eine sehr enge wirtschaftliche, innen- und außenpolitische Kooperation verwirklichen. Wir Schleswig-Holsteiner wissen um die friedenssichernde Kraft dieses nordischen Gleichgewichts. Ich füge hinzu, daß manchmal in Bonn die Besonderheiten und

Problemstellungen, die sich aus diesem Tatbestand ergeben, zu wenig berücksichtigt werden. Deshalb will ich die Funktion Schleswig-Holsteins als Brücke zum Norden auch als kleinen Beitrag der Landesregierung verstanden wissen, den Zielen der Friedenssicherung und des Brückenschlages in der Außenpolitik zu dienen.

Wir blicken mit dieser Veranstaltung auf das 40jährige Bestehen des Bundes deutscher Nordschleswiger zurück. Ihre und unsere Gedanken beginnen in der Stunde Null, als Deutschland am Boden lag, als hier in Nordschleswig die organisatorische Grundlage für deutsche Heimat- und Kulturarbeit nicht mehr vorhanden war. Wir erinnern uns dann des demokratischen Wiederaufbaus, der bei Ihnen in Nordschleswig mit der richtungsweisenden Erklärung des Haderslebener Kreises, mit der Loyalitätserklärung gegenüber Königshaus, Staat und Grenze begann. Wir denken an Männer wie Pastor Beuck, an Dr. Wernich, an Matthias Hansen, an Ernst Siegfried Hansen, aber auch an Jes Schmidt und Hans Schmidt-Gorsblock, an Peter Callesen und an Rudolf Stehr. Also an die vielen, die damals nicht verzagten, sondern weitsichtig und mutig an die Arbeit gingen, um das Deutschtum zu sammeln, um den organisatorischen Rahmen trotz größter Schwierigkeiten wieder aufzurichten.

Die folgenden vier Jahrzehnte haben Sie, liebe Nordschleswiger, oft unter starkem persönlichen Einsatz, positiv genutzt. Organisatorisch steht die deutsche Volksgruppe gut, in vielen Bereichen mustergültig da: mit Kindergärten, Schulen, kirchlicher Betreuung und einem vielfältigen Vereinsleben sowie täglicher deutscher Zeitung.

Im staatlichen Bereich gibt es keine Beschränkungen für die Minderheiten und deren Angehörige nördlich und südlich der Grenze. Rahmenbedingungen, eine ideelle und materielle Existenzgrundlage sind für sie vorhanden. Deutsche und Dänen können stolz sein auf das Modell, das wir für unsere Region gemeinsam geschaffen haben, um das Zusammenleben zweier Kulturen in friedlichem kulturellem Wettbewerb zu gestalten.

Dabei setzt sich immer stärker die Erkenntnis durch, daß die einfache Gleichberechtigung für eine Minderheit nicht immer ausreicht, um die Rechte voll wahrzunehmen. Oft können nur besondere Maßnahmen, eben auch Sonderrechte, die durchaus nicht als Privilegien anzusehen sind, die wirkliche Gleichheit von Angehörigen einer Minderheit mit der Mehrheit des Staatsvolkes herstellen. Das ist zwar noch nicht bis in jede Gemeinde durchgedrungen – und das gilt wohl zu beiden Seiten der Grenze –, aber wir sind auf einem guten Weg dorthin.

Deshalb sollten wir uns ständig bewußt sein: Minderheiten sind eine große Bereicherung für uns alle, vor allem für unser Grenzland und zusätzlich in kultureller Sicht. Denn sie tragen zu einem lebhaften geistigen Austausch bei und

helfen, die Grenzen durchlässiger zu machen, sie zu überwinden. Ohne die Minderheiten wäre unser schleswigsches Grenzland wirklich ärmer.

Doch durch staatliche Normen allein kann eine Minderheit nicht geschützt werden. Entscheidend für ihren Fortbestand, für ihre Ausstrahlung ist der Wille zum Leben und der Wille, sich gelegentlich gegen eine Mehrheit zu behaupten und letztlich durchzusetzen.

»Mut zum Bekenntnis« lautete deshalb auch das Motto eines der letzten Deutschen Tage. Das Bekenntnis eines jeden einzelnen, sein bewußter Standort, sein Wille für sich, für seine Familie und für seine Gemeinschaft sind entscheidend für den Erhalt auch der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig. Die deutschen Nordschleswiger haben sich schon vor Jahren klar und bewußt für eine doppelte Loyalität entschieden – die Loyalität gegenüber dem Staat und gegenüber dem Deutschtum. Hinzu kommt ein Bekenntnis zu Europa, zur Einigung unserer westlichen Welt.

Dabei wissen wir sehr wohl, daß der Grat zwischen Integration und Identität oftmals sehr schmal ist. Das fordert ein Bewußtsein und ein tägliches Bekenntnis jedes einzelnen: zur deutschen Herkunft, zur großen deutschen Kulturgemeinschaft, aber auch zum Leben in der angestammten Heimat im dänischen Alltag. Insofern sind die sogenannten Grenzländer, die Angehörigen einer nationalen Minderheit sehr viel mehr gefordert, als die Mehrheitsbevölkerung, für die es in der Regel nur eine Loyalität zu geben braucht. In unserem schleswigschen Grenzland gilt der Grundsatz der freien Entscheidung. Dazu stehen wir. Seien wir uns jedoch im klaren: die Bonn-Kopenhagener Erklärungen als bewährte Grundlage des Zusammenlebens zwischen deutsch und dänisch im Grenzland setzen eines voraus – das Bekenntnis, das höchst persönliche Bekenntnis, das Ihnen niemand abnehmen kann. Ich bin überzeugt, daß auch kommende Generationen deutsches Kulturleben in Nordschleswig bewahren, pflegen und weiterentwickeln werden. Seien auch Sie es. Im Namen aller Schleswig- Holsteiner grüße ich Sie an ihrem Jubiläumstag. Wir wünschen Ihnen:

- Mut zur Zukunft
- Kraft zum Zusammenhalt
- und Lebensfreude für Ihren persönlichen Alltag.

Schleswig-Holstein blickt mit Stolz auf seine Landsleute in Nordschleswig.

## Geschichte an der Grenze\*

Mein Thema ist etwas zweideutig formuliert. Jedem Besucher wird aufgefallen sein, jeder Einwohner weiß, daß im Grenzland der Geschichte eine ganz besondere Bedeutung zukommt. Nicht nur werden hüben und drüben Traditionen gepflegt um die Schlachtfelder von Düppel, von Idstedt, von Oeversee. Auch das geschichtliche Interesse ist rege und weitverbreitet. Dänische und deutsche Geschichtsvereine und ihre Zeitschriften haben überdurchschnittlichen Zuspruch, sehr viele Lokalhistoriker arbeiten im Grenzraum, sehr viele Laien haben ein oft überraschend umfassendes geschichtliches Wissen. Und manchmal leben noch, ganz unterschwellig und tief im Unterbewußtsein, die alten Vorstellungen von der Königsaugrenze, bzw. der Eidergrenze, die alten Kampfziele aus dem 1. Schleswigschen Krieg, auch Vorstellungen von sturen Preußen und verschlagenen Dänen aus der Zeit der nationalen Auseinandersetzung in Nordschleswig und Südschleswig, um gar nicht von »Speckdänen« und Schikanen zu reden. Das Alles macht die eine Bedeutung des Themas aus.

Die andere Bedeutung liegt darin, daß man der Meinung sein kann, daß die Geschichte gerade an der Nahtstelle zweier moderner Gesellschaften etwas reichlich strapaziert wird, gewissermaßen an eine Grenze gebracht wird, wo die Geschichte – wenn sie diese Grenze überschreitet – aufhört Geschichte, Wissen, Traditionspflege zu sein, und eher mit sehr viel weniger respektvollen Etiketten versehen werden sollte, von Scheuklappen, Vorurteilen bis hin zur Propaganda.

Bei der Ausarbeitung meiner Darstellung der Geschichte Schleswigs und Holsteins nach 1830 fiel mir diese Zweideutigkeit öfters auf. Das Gebiet von der Elbe bis zur Königsau durchläuft im 19. und 20. Jahrhundert eine sehr tiefgreifende, wahrhaft umwälzende Entwicklung, die alle Lebensbereiche einbezieht. Städte wachsen, eine Stadt wie Kiel verzehnfacht von 1867 bis 1910 ihre Einwohnerzahl. Industrie breitet sich aus, eine noch größtenteils lokalbezogene Agrargesellschaft wird in viel größere, nationale Systeme integriert. Für jeden unserer Vorväter veränderte sich der Alltag, aber sehr, sehr viel Geschichtsschreibung behandelte die nationalen Fragen und Auseinandersetzungen, die nicht im gleichen Maße für alle und zu jeder Zeit das

---

\* Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrages, den Professor Rerup am 19. September 1985 auf Einladung des Deutsch-Dänischen Vereins, Hamburg in der dortigen dänischen Kirche gehalten hat. – Die Abbildungen stammen aus Rerups Buch: A. D. Jørgensen. Historiker aus dem schleswigschen Grenzland, Flensburg 1967. – Hingewiesen sei auch auf das letzte große Werk des dänischen Historikers: Slesvig og Holsten efter 1830, København 1982.

Die Redaktion

Wichtigste waren.

### *Geschichte hat immer ein Anliegen*

Dieses Übergewicht der nationalen Interessen in der Geschichtsschreibung, besonders deutlich in älterer Zeit, ist nicht so merkwürdig. Als Historiker darf ich mich zwischen zwei Stühlen setzen mit der Behauptung, daß Geschichte immer ein Anliegen hat, immer eine Funktion erfüllt.

Wenn der Historiker die Geschichte eines Vereins, Betriebes, einer Gewerkschaft, einer Ortschaft, eines Landes untersucht, bearbeitet und darstellt, setzt er immer ein Publikum voraus, das unterhalten, belehrt, instruiert, in seinen Haltungen gestärkt und befestigt oder verunsichert werden soll. Wenn man schreibt, will man immer irgend etwas erreichen. Kein Mensch schreibt wertfrei für ein Publikum, das sich für nichts interessiert.

Schlimm ist es natürlich, wenn diese Funktion auf Verengen, Versteifen, Verzerren hinausläuft, noch schlimmer, wenn der Historiker sich ihr unterwirft, das vergangene Geschehen deformiert und verzerrt, um desto schlagkräftiger eine Vorstellung unterstützen zu können, eine Haltung zu untermauern. Dann ist die Geschichte über die Grenze gegangen, von der vorher die Rede war, dann nähert Geschichte sich der Propaganda.

Geschichte kann auch aner kennenswerte Anliegen haben, weit mehr als Unterhaltung oder Bestätigung vorgefaßter Meinungen sein. Das weiß jeder, der einen guten Historiker liest. Ein guter Historiker vermittelt oft Erfahrungen, Erfahrungen seiner Generation und Erfahrungen, die frühere Generationen gesammelt haben. Hier stehen wir vor einem Erkenntnisbereich, der sich von den Computerberechnungen mancher Gesellschaftswissenschaften sehr unterscheidet, aber wie diese immer eine Auswahl treffen muß, denn das historische Geschehen muß in der Darstellung notwendigerweise verdichtet werden; und die sozusagen menschliche Auswahl eines Historikers ist imstande, uns »fremde Föhlung« zu vermitteln, die uns fruchtbar erregt, moderne Zustände vielleicht fragwürdig, vielleicht ehrwürdig machen kann, sie oft in bezug setzt zu Entwicklungen, an denen wir mitbauen möchten, oder denen wir uns entgegenstemmen wollen.

Wenn solch ein Anliegen gleichzeitig nicht den historischen Forschungsprozeß überwältigt und entstellt, sondern ein unerwartetes, überraschendes Licht auf die Geschichte geworfen wird, dann schlagen wir gewissermaßen zwei Fliegen mit einer Klappe und können sowohl vom Anliegen wie auch von neuer Erkenntnis betroffen werden. So etwas ist selten, ist »große« Geschichtsschreibung, und ich möchte dieses demonstrieren an einem dänischen Beispiel, gewiß nicht um meine Nationalität hochzuspielen, sondern weil das Beispiel schon der Sprachbarrieren wegen verhältnismäßig wenig bekannt ist.

1840 wurde der spätere Historiker A. D. Jørgensen in Gravenstein geboren. Auf

beiden elterlichen Seiten gehörte er weitverzweigten, tüchtigen schleswigschen Familien an. Sein Vater war Handwerker – Färber – sein Elternhaus damals noch deutschsprechend, deutsche Bücher machten lange des Jungen Lektüre aus, auch weil sie so billig erhältlich waren. Bei Ausbruch des 1. Schleswigschen Krieges führte der Vater Dänisch als Umgangssprache in seinem Heim ein, er gehörte zu den Leitern der Dänen in Sundewitt, und für den Sohn war es ein erregendes Erlebnis, als er während des Krieges einen alten Bauernalmanach in die Hand bekam, durch den er sich mühsam buchstabierte und herausfand, daß die dänische Sprache nicht nur dazu taugte, um mit den Kindern auf der Straße zu spielen, sondern daß sie auch gedruckt werden konnte. Ein Gefühl für die Eigenständigkeit des nordischen Geisteslebens erwachte erst im 17jährigen – damals Schüler im Alten Gymnasium in Flensburg – als er in dänischer Übersetzung die ältere Edda in die Hand bekam.

Wenige Monate später verließ der große Junge die Lateinschule. Ein Augenleiden gab den Vorwand ab, in Wirklichkeit war er des Schulbetriebes überdrüssig, ganz besonders der Grammatikpaukerei der Lateinstunden. Er versuchte sich in der Landwirtschaft, wurde dort aber ernsthaft krank, kehrte auf die Schule zurück und trieb dann freie und recht weitläufige Studien in Kopenhagen. 1863 wurde er von Regenburg, dem bekannten Initiator der Spracheskripte, als Hilfslehrer an seiner alten Schule in Flensburg angestellt. Regenburg wollte das einheimische dänische Element in Schleswig stärken, und es wurde Jørgensen in Aussicht gestellt, Bibliothekar an der Schulbibliothek zu werden, wenn diese im Zuge der Wiederbelebung des Dänentums zu einer größeren öffentlichen, wissenschaftlichen Bibliothek erweitert werden sollte. Die Ereignisse im Jahre 1864 waren furchtbare Schläge für den jungen Mann, die ihn doppelt hart trafen, weil der Krieg ihn auch von seiner Heimat trennte. Fortan lebte er als vertriebener Schleswiger in Kopenhagen trieb historische Studien, debütierte 1868 mit Abhandlungen über mittelalterliche Themen und wurde 1869 im dänischen Archivwesen angestellt. Die Anstellung war etwas zufällig, aber Jørgensens Arbeitskraft, Verwaltungstalent und imponierende wissenschaftliche Produktivität gaben ihm bald eine angemessene Position. Im Jahr 1882 wurde ihm die Leitung des gesamten staatlichen Archivwesens übertragen, ab 1889 unter dem neuen Titel »Reichsarchivar«. Bis zu seinem frühen Tode im Jahr 1897 legte er durch großzügige Reformen die Grundlage des modernen dänischen Archivwesens. Neben seiner Amtstätigkeit und der Wissenschaft lag Jørgensen das Schicksal seiner engeren Landsleute und seiner Heimat besonders am Herzen. 1879/80 vertrat er in einer Polemik mit dem alt-grundtvigschen Historiker Frederik Barfod, der an der gottgegebenen Eidergrenze festhalten wollte, entschieden den Standpunkt, daß wenn man mit Hilfe der Vorsehung die dänische Südgrenze verlegt gedacht werden könne, dann müßten wir »die Grenze des Reiches dort

gezogen wünschen, wo unser Volk seine Grenze hat«.

Wenige Jahre später kam der junge H. P. Hanssen nach Kopenhagen, der spätere hervorragende Leiter der dänischen Arbeit in Nordschleswig. Er wurde nachhaltig von den Gedanken Jørgensens beeinflusst, nicht nur im Hinblick auf die etwaige zukünftige Grenzziehung, wo das Bewußtsein, mit den Gedanken Jørgensens übereinzustimmen, ihm Sicherheit und Rückhalt gab, als er in der Zeit vor 1920 wegen seiner moderaten Grenzpolitik heftigen Angriffen ausgesetzt war, sondern auch in der praktischen nationalen Arbeit in Nordschleswig. Für die aus privaten Kreisen stammende, reichsdänische Unterstützung dieser Arbeit wurde der Reichsarchivar ein sammelnder Mittelpunkt. Auch schrieb er die bekannte »Fyrretyve Fortællinger af Fædrelandets Historie« (»40 Erzählungen aus der Geschichte des Vaterlandes«); die 1882 erschienen, und der Germanisierungspolitik in den nordschleswigschen Schulen entgegenwirken sollten. Der Gründer der Carlsberg-Brauereien J. C. Jacobsen schenkte dem kurz vorher gegründeten dänischen Sprachverein 10.000 Exemplare des Buches zur Verteilung in Nordschleswig, wo es im wahrsten Sinne des Wortes ein Volksbuch wurde, aus dem die Eltern den größeren Kindern vorlasen. A. D. Jørgensen beabsichtigte nicht, eine erschöpfende Geschichte Dänemarks zu geben, sondern eine Reihe von Erzählungen, die einem breiten Leserkreis etwas bedeuten konnten. Das Gewicht war auf der einen Seite darauf gelegt, das geschichtliche Verhältnis zu Deutschland zu klären, »während auf der anderen Seite versucht wird, alles das hervorzuheben, was Licht auf unsere Eigenart als Volk und reiche Leistungen wirft, wie auch auf die weniger lichten Seiten und oft dürftigen Verhältnisse.«

Als Wissenschaftler war A. D. Jørgensen sehr produktiv, ein großer Teil seiner Arbeiten war inspiriert durch die Niederlage Dänemarks im Kriege von 1864. In einigen Aufzeichnungen über seine Arbeit und sein Leben, die posthum herausgegeben wurden, schreibt er über seine Stimmung nach dem Krieg: »Wenn wir eine Zukunft haben, dachte ich damals, dann muß diese auf einem nüchternen Verständnis unserer Verhältnisse als Volk aufgebaut werden; wir dürfen nicht in der Einbildung an eine große Zukunft oder eine glänzende Gegenwart leben, und müssen daher auch zu einer wahrhaften Auffassung unserer Vergangenheit kommen. Dieses ist also meine Berufung, keine Färbung weder durch den Strahlenglanz aus Hoffnung und Erwartung, noch durch die bleichen Schrecken der Verzweiflung, sondern die einfache, schlichte Wahrheit.« Aus dieser Berufung, diesem Anliegen heraus wollte der damals noch sehr junge Mann auch seinen Landsleuten, seinem Volk, eine »bittere Arznei« verabreichen.

Dieses Programm verwirklichte A. D. Jørgensen in zahlreichen Werken und Abhandlungen, ganz besonders in seinem späten Beitrag zu Danmarks Riges Historie (Geschichte des dänischen Reiches, Bde. 1-6, 1896–1907). Er sollte über

die Zeit von 1814 bis 1864 schreiben, kam aber nur bis 1852, als der Tod seine Arbeit unterbrach. In diesem Beitrag schilderte er nicht nur den Spätabsolutismus, den Beginn des politischen Lebens und besonders das nationale Erwachen in Schleswig, sondern brach auch den Stab über die verfehlte Politik der Nationalliberalen, die von ihren Doktrinen befangen nicht Blick für eine langsame und ruhige Entwicklung hatten. Er revidierte auch die ältere Auffassung von der Bedeutung Christians VIII., dessen innere Gleichgewichtspolitik in den 1840er Jahren in nationalen Kreisen als schwach und wankelmütig empfunden worden war. Er kam nicht mehr dazu, die 50er Jahre zu schildern, aber seine Abhandlungen über diese Zeit und ganz besonders seine Aufzeichnungen, als er von der Beerdigung Regenburgs zurückkehrte, zeigen wie weh es ihm tat, und als wie notwendig er es zugleich empfand, die nationalen Koryphäen seiner Jugend ihrer falschen Politik wegen zu verurteilen. Hier fand eine Bewältigung der Vergangenheit von großem Format statt.

A. D. Jørgensens Spätwerk erkennt das »relative Recht« des nationalen Gegners an, er ist auch der Meinung, daß eine »gerechte« Grenze für beide Völker, das deutsche und das dänische, von unermeßlichem Nutzen sein würde. Nur eine solche Grenze könne den beiden verwandten Kulturen erlauben, wieder in das rechte Verhältnis zueinander zu kommen, »anziehende und abstoßend, aufnehmend und abwehrend, so ist es von den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage gewesen,« heißt es bei ihm. Seiner Heimat fällt die ganz besondere Aufgabe zu, »zugleich Schutzwall gegen das Deutschtum zu sein, eine aufmerksame Grenzschutz und ein Organ für die unmittelbarste Einwirkung, das umfassendste Verständnis für das Fremde.« Diese Gedanken inspirierten die jungen Nordschleswiger und Historiker, die sich um ihn sammelten: H. P. Hanssen, H. V. Clausen, der in hohem Maße für die Lage der heutigen Staatsgrenze Bedeutung erlangte, Aage Friis, für den Nordschleswig politisch und wissenschaftlich ein Hauptteil seines Lebenswerkes ausmachte, der spätere Direktor des dänischen Nationalmuseums, M. Mackeprang und der früh verstorbene Politiker, Schulmann und Historiker Johan Ottosen.

A. D. Jørgensen meinte, daß »auf dem Grunde eines jeden geschichtlichen Verhältnisses von großer und bleibender Bedeutung, sowohl bei dem einzelnen Menschen als auch bei ganzen Völkern, eine dialektische Doppelheit liegt, eine zweideutige Vorausbestimmung, die die Stärke der Entwicklung bedingt.« Dies galt besonders für die Stellung Schlesiens, und das »Schweigen nach der Gewalttat von 1864« bedeutet u. a. für Jørgensen, daß die geistige Entwicklung Dänemarks arm werden könne, weil das Land im Laufe der Jahrhunderte zu klein geworden war und dadurch Spannungen und notwendige Gegensätze in seiner inneren Geschichte verloren habe. A. D. Jørgensens Visionen gehen bis zu pangermanischen Vorstellungen, wo die skandinavischen Länder nur dann für

Deutschland Bedeutung haben, wenn sie frei und selbständig sind. Aber bis diese Visionen für eine Verwirklichung reif sind, muß Dänemark den Kampf um den dänischen Teil Schleswigs aufrechterhalten, »im Vertrauen auf das treue Aushalten unserer schleswigschen Landsleute.« Wissenschaftlich ist das Werk A. D. Jørgensens seit langem veraltet. Er ist viel zu einseitig in seiner Überbetonung ideologisch-geistiger Faktoren und seiner – ihm schon zu Lebzeiten vorgeworfenen – Vernachlässigung ökonomisch-wirtschaftlicher Verhältnisse, die übrigens seine Gesamtauffassung nur noch mehr hätten unterstreichen können. Aber sein ausgeprägtes Verständnis für nationale Bewegungen und Gedanken, die ja gerade in diesem Zeitraum eine hervortretende Rolle spielten, seine umfassende Quellenkenntnis und die reiche Tradition, aus der er schöpfen konnte, machen es noch immer zu einem faszinierenden Hauptwerk dänischer Geschichtsschreibung. Zugleich ist es ein Musterbeispiel einer sehr nationalen, dabei aber nationüberschreitenden Geschichtsauffassung, fruchtbar eben dadurch, daß er sich die Nationen nicht nur als Gegner vorstellt, die sich gegenseitig befehden, sondern gleichzeitig als Kinder gleichen Geistes, die in Wechselwirkung zueinander stehen. Damit stieß er übrigens nur bei einem Teil seiner Zeitgenossen auf tieferes Verständnis, obschon ihm viel Anerkennung gezollt wurde.

Immer wieder haben Historiker die Munition geliefert für nationale Auseinandersetzungen. Erschreckend viel, wenn man kritisch liest, was die Historiker einander an die Köpfe geworfen haben. Es ist heute ein Trost, daß es in den »guten alten Tagen« viel schlimmer war. Und doch pflegen ernsthafte Historiker unserer Zeit manchmal immer noch lieber eigene Traditionen, als das sie gleichzeitig Verständnis für die Handlungen der anderen Seite zu schaffen versuchen. Ich fasse mich durchaus nicht als eine Ausnahme auf. Jedoch sollte gerade die fachliche Schulung der Historiker der Ausbreitung stereotyper Werturteile entgegenwirken.

Im Folgenden will ich nicht Kleinigkeiten aufspießen, sondern versuchen, einige allgemeine Tendenzen in ein anderes Licht zu rücken. Ich möchte mich dabei besonders an dänische Tendenzen halten, aber gewiß nicht, weil nicht ähnliches und auch schlimmeres in der deutschen Geschichtsschreibung zu finden wäre. Aber das möchte ich deutschen Historikern Vorbehalten.

Sehr viel Scharfsinn und Gelehrsamkeit ist seit dem Beginn der nationalen Auseinandersetzung auf die erbrechtlich-dynastische Diskussion in Verbindung mit dem alten Gesamtstaat vergeudet worden, auf die schon der englische Staatsmann Palmerston ironisch hinwies, als er davon sprach, daß es nur drei Menschen gäbe, die das schleswigsche Problem recht verstanden hätten. Von denen wäre der eine gestorben, der andere irrsinnig geworden, der dritte, er selber, hätte die ganze Geschichte wieder vergessen. Diese ganze Diskussion

dürfte im Grunde nur von dem Gesichtspunkt her interessant sein, daß sie in einer besonderen Situation dazu gebraucht werden konnte, eine eventuelle rechtliche Auflösung des Gesamtstaates diskutieren und durchführen zu können – beides war nicht so einfach in einem absoluten Staat, oder um die Augustenburger auf den dänischen Thron zu bringen. Entsprechender Scharfsinn und Fleiß ist auf die staatsrechtliche Stellung der Herzogtümer angewendet worden: wieweit standen sie in Real- oder Personal-Union mit dem Königreich und miteinander, wieviel bedeutete die Eidergrenze, wieviel Gemeinsamkeit hatten sie?

Beide Diskussionen möchte ich als ausgesprochen stellvertretend für ganz andere Probleme auffassen: Entweder mußte der Gesamtstaat reformiert oder aufgelöst werden. Und wenn er reformiert werden konnte, unter welchen Voraussetzungen? Wenn er aufgelöst werden mußte, dann wo die Grenze ziehen?

Anderen Problemen hat man nicht zuviel Aufmerksamkeit geschenkt, sondern man hat sie im Gegenteil verdrängt. Ich sprach von der Balancepolitik Christian VIII., deren Ziel es war, den Gesamtstaat zu erhalten, bei der man aber früher die fehlenden nationalen Aspekte herausstrich, also die Grundlage seiner Politik nicht verstehen wollte. Das Kulturleben des Gesamtstaates, einst ein kompliziertes zweipoliges Gebilde, ist aus dem dänischen Bewußtsein späterer Zeit weitgehend ausgeklammert worden – so weitgehend, daß man beinahe davon reden könnte, daß der Gesamtstaat uns ein Trauma beigebracht hat, das uns Europa verleidet hat. Die ganze materielle Entwicklung der Herzogtümer in ihrem Zusammenhang mit dem Gesamtstaat ist nur in Punkten erarbeitet, das gleiche gilt für die Entwicklung breiter Volksschichten. Gerade im 19. und angehenden 20. Jahrhundert wurden die sozialen Verhältnisse aller Einwohner, ob deutsch, friesisch oder dänisch, aufs tiefste verwandelt, und eine Volksschicht wie die städtische Arbeiterschaft entstand überhaupt erst durch Einwirkungen, die in das Leben dieser Menschen sehr viel tiefer eingriffen als die nationalen Probleme. Ähnliches kann von den Problemen der Indifferenten gesagt werden, den »blakkede« (d. h. den »Fahlen«, die keine bestimmte Farben haben, also national nicht zu bestimmen sind) in den Gebieten, in denen die Nationalitäten hart aufeinanderstoßen, und die ja ursprünglich »Rohstoff« der nationalen Bewegungen waren, später aber oft als unzuverlässig diffamiert wurden.

### *Ethnizität und Nationalität*

Und wenn wir schon bei diesen allzu weitmaschigen Generalisierungen sind, dann möchte ich auch darauf hinweisen, daß noch immer die unheilvolle Gleichsetzung und Verwechslung von Ethnizität und Nationalität vorkommt, immer wieder gestärkt durch die Vorstellungen der beiden »Hinterländer« unseres Grenzgebietes, in denen Ethnizität und Nationalität sich in der Regel miteinander decken, während dieses ausgerechnet im Grenzland nicht der Fall ist. Ethnizität

hat mit objektiven Merkmalen zu tun, ganz besonders mit der Sprache, kann aber auch, wenn diese verdrängt worden ist, in der Bewahrung von sprachlichen Strukturen bestehen, und dann mit Gewohnheiten in der weitesten Bedeutung des Wortes, von Sitten und Bräuchen bis zu den Mahlzeiten usw. Nationalität dagegen ist das auf dieser – oder anderer – Grundlage mögliche, ganz subjektive Bewußtsein, daß sich dann natürlich auch objektiv Ausdruck geben kann.

Die Nationalität als moderne Massenerscheinung – ich sehe hier von literarischen Vorläufern ab – gehört in die nachrevolutionären Jahrzehnte des beginnenden 19. Jahrhunderts. Sie ist in der Regel verbunden mit politischen Forderungen nach Mitbestimmung, jedenfalls Freiheit von Fremdbestimmung. Sie ist eine Integrationsbewegung, die breite, bisher lokal orientierte und sozial differenzierte Gruppen für die Demokratie in der Staatsnation reifmachte oder hätte reif machen sollen. Ihre Voraussetzungen finden wir ganz besonders bei Johann Gottfried Herder und bei Jean- Jacques Rousseau. Ihre Erscheinungsform ist oft der elitäre städtische Nationalliberalismus, so in der schleswig-holsteinischen und der frühen dänischen Entwicklung. Diese Nationalliberalen und ihre Vorläufer fühlten sich zur Leitung des Volkes berufen, sie wollten es bilden und veredeln. Deutlich kommen Gedanken dieser Art bei Uwe Jens Lornsen zum Ausdruck, wenn er als begeisterter Liberaler davon spricht, »daß fortan allein die Überzeugung des großen Mittelstandes, bei dem die physische wie die intellektuelle Macht wohnt, die Welt regieren und alles, was sich gegen diese Überzeugung erhebt, machtlos daran zerschellen wird« (1830), oder bei Christian Paulsen, der schreibt: »Die wohltätige Einwirkung auf das Volk, zu welcher die Gebildeten berufen und verpflichtet sind, die allmähliche Ausbreitung allgemeiner Bildung von ihnen über alle Volksklassen« kann im nördlichen Schleswig nicht in dem Maße wie anderswo stattfinden, weil die Gebildeten und Beamten Deutsch sprechen (1832).

Es gab aber auch andere Wege. Der dänische Pfarrer, Dichter und Volksaufklärer N. F. S. Grundtvig legte die Gedanken Herders – daß alle Lebensäußerungen eines Volkes einem gemeinsamen, jedem Volk eigentümlichen Prinzip entspringen – so aus, daß der echte und ursprüngliche dänische Volksgeist sich bei den Teilen des Volkes am reinsten erhalten habe, die am wenigsten »verbildet« seien. Das waren seiner Meinung nach die Bauern (und die Frauen) und ganz und gar nicht die gebildeten Städter. Für ihn ging es daher darum, das Volk zu »wecken« und es sich in Freiheit entfalten zu lassen, damit die ursprüngliche Frische und Kraft des Volksgeistes sich wieder durchsetze. Dieser Gedankengang, der die Freiheit so stark hervorhob – die wiederum auf einer ganz anderen Ebene lag, als die Freiheit des Liberalismus – prägte dann auch wieder seinen Begriff vom Volk, das er nicht als eine objektive Kategorie auffaßte, sondern das etwas war, was auf der Wahl und der Handlung des einzelnen beruhte. Im Jahr des politischen Aufbruchs in Dänemark, 1848, schrieb er ein

eigenartiges Lehrgedicht über das Volkliche (auf Dänisch: »det folkelige«, was Grundtvig als das Volksgleiche auf faßte); in diesem Gedicht weist er jeden Gedanken an eine biologisch-materielle Gemeinschaft ab und sagt dann u. a.:

»Zu einem Volk gehören alle diejenigen,  
die sich selber dazuzählen,  
die für die Muttersprache ein Ohr haben,  
die für das Vaterland brennen.«

Hier sehen wir entscheidende subjektive Merkmale, eine Reihe von seelischen Aktivitäten, die zu seinem Volksbegriff gehören: man muß sich selber dazurechnen (wird nicht passiv mitgezählt), für die Sprache ein »Ohr« haben (d. h. mehr als sie bloß sprechen), für das Vaterland brennen (d. h. nicht nur passiv Bürger sein, sondern für die Anliegen der Gemeinschaft aktiv einzutreten).

Von diesem Ausgangspunkt her ist es vielleicht leichter, den Unterschied von Ethnizität und Nationalität zu verstehen. Nur durch Aktivität und Engagement wird aus einer ethnischen Gruppe ein Volk oder eine Nation. Die Sprache und die herkömmlichen Gebräuche – das Volkstum allein – machen es nicht, noch weniger – wie Grundtvig es derb, aber treffend sagt – die Nase oder das Fleisch. Diese Gedanken sind sicher etwas ungewohnt für Menschen, die in national eindeutigen Gebieten leben, aber Kenner des Grenzlandes wissen es genau: es gibt und gab Dänen, die kaum fließend Dänisch sprechen können, es gab und gibt Heimdeutsche in Nordschleswig, deren Muttersprache Dänisch ist.

Als der moderne Nationalismus in Nordschleswig Fuß faßte, und kleine Gruppen auf dänischer wie auch auf deutscher Seite versuchten, die Bevölkerung zu »wecken« durch Sängereisen, durch Volksfeste, durch Zeitungen, Büchereien und Vereine, da wandten sich vier- bis fünfhundert größere Grundbesitzer, besonders um Hadersleben und Christiansfeld herum, gegen die Politik des schleswigschen Vereins, die sich im Jahre 1844 vorübergehend radikalisierte. Diese Bauern waren höchstens ihrer sozialen Position nach etwas verschieden von ihren übrigen nordschleswigschen Standesgenossen, vielleicht etwas näher an bestimmte Pastoren gebunden, jedenfalls aber nicht anderer Ethnizität, und doch wurden diese Bauern Ausgangspunkt für das Heimdeutschtum dieser Gebiete.

Für das Grenzgebiet und die nationalen Fragen darf man wohl die Behauptung wagen, daß die unselige Vereinfachung, Ethnizität und Nationalität gleichzusetzen, viel Unglück über das Land gebracht hat. Mit dieser Formel konnte Regenburg versuchen, im mittleren Schleswig Danisierungspolitik zu betreiben, »dem Deutschtum eine noch nicht vollendete Eroberung zu entreißen«. In noch stärkerer Vereinfachung dieser Formel konnten die Preußen der Meinung sein, daß die Austreibung der dänischen Sprache aus der Schule im Laufe der Zeit auch die Nationalität beeinflussen würde. Auch die Jahre nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg geben

Beispiele in Hülle und Fülle, bis man endlich in der Kieler Erklärung von 1949 das Prinzip formulierte, das den Verhältnissen des Grenzlandes gerecht wird: Das Bekenntnis zur Minderheit ist frei.

### *Aufgaben nationaler Geschichte*

Natürlich ist die Ethnizität ein wichtiger Faktor für das nationale Bewußtsein. Aber das Grenzland hat seine Besonderheiten. Auch die Geschichte hat ihre Besonderheiten. Ethnische Grenzen können nicht einfach als nationale Grenzen gedeutet werden. Um 1800 herum sah man die Unterscheidung von Bevölkerungsgruppen auf Grund ethnischer Merkmale etwa so an, wie wir heute Leuten begegnen, die von rassischen Unterscheidungsmerkmalen sprechen. Deshalb sollten Historiker immer wieder unterstreichen, daß die nationalen Vorstellungen unserer Großväter und Väter genau so wenig wie unsere modernen Vorstellungen in die Geschichte vergangener Jahrhunderte zurückprojiziert werden können und dürfen. Immer wieder müssen die Vorbehalte erneuert werden. Auch wenn sie den Historikern geläufig sind, ihre Leser können sie vergessen. Nationale Geschichte an der Grenze hat noch immer eine besondere Aufgabe. Hier besonders sollte sie sich auch nicht damit begnügen, die eigenen Reihen stärken zu wollen, das eigene Argument zu untermauern, sondern sollte auch darauf hinweisen, was breiten Gruppen im Grenzland widerfahren ist in einer Zeit, in der »nationales Erwachen« durchaus zeittypisch war. Gerade im Grenzland sollte nationale Geschichtsschreibung auf Verständnis auch der anderen Seite drängen, um den Kulturen ohne Verwischung ihrer Eigentümlichkeit ein Zusammenleben zu erleichtern. Man sollte den Mut haben, beiden Nationalitäten mit Johann Gottfried Herders Worten zu bescheinigen:

»Die Glückseligkeit eines Volkes läßt sich dem andern und jedem andern nicht aufdringen, aufschwätzen, aufbürden. Die Rosen zum Kranze der Freiheit müssen von eignen Händen gepflückt werden, und aus eignen Bedürfnissen, aus eigener Lust und Liebe froh erwachsen.«

Etwas zugespitzt möchte ich im Anschluß an diese Gedanken den Versuch wagen: wir sollten uns abgewöhnen, die nationale Entwicklung des Gegners, des Nachbarn mit scheelen Blicken oder mit den Augen des Widersachers zu betrachten, und uns jedenfalls auch darüber freuen, daß ihm ein ähnliches Glück zuteil geworden ist wie uns, daß nämlich der Nationalismus des vorigen Jahrhunderts breitere Schichten für die Entwicklung des Gemeinwesens empfänglich, damit mitverantwortlich und letztthin auch mitbestimmend gemacht hat, mehr als es je zuvor der Fall war.

*Die folgenden Beiträge von Immo Doege und Johann Runge sind überarbeitete Fassungen von Vorträgen, die am 11. November 1985 in Kopenhagen auf einem Symposium über »Die Entwicklung der dänisch-deutschen Beziehungen nach 1945« gehalten wurden. Veranstalter des Symposiums war das Deutsche Kulturinstitut Kopenhagen (Zweigstelle des Goethe-Instituts) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte und dem Institut für Germanische Philologie der Universität Kopenhagen, dem Institut für Geschichte und Sozialwissenschaft der Universität Roskilde sowie der Dänisch-Deutschen Gesellschaft Kopenhagen.*

*Die Redaktion*

IMMO DOEGE

## Die deutsche Minderheit in Nordschleswig und ihre dänische Umwelt

### *1. Die deutsche Minderheit in Nordschleswig – Definitionsversuch*

In dem Gebiet zwischen der deutsch-dänischen Grenze im Süden und der Königsau im Norden, das zum größten Teil zusammenfällt mit dem Areal des Großkreises Nordschleswig (»Sønderjyllands Amtskommune«), leben heute rund 250.000 Menschen. Zwischen 8 und 10 % von ihnen betrachten sich als Angehörige der deutschen Minderheit, bzw. als deutsche Volksgruppe – ein Begriff, der sich im Verlauf der letzten Jahre nördlich und südlich der Grenze immer mehr durchzusetzen scheint. Rund 4.400 dieser 20 bis 23.000 Menschen waren am 1. April 1985 im »Bund deutscher Nordschleswiger« (BdN) organisiert. Der BdN betrachtet sich heute als die Hauptorganisation der deutschen Volksgruppe mit volklich- politischer, kultureller, sozialer und wirtschaftlicher Arbeitsrichtung. Gleichzeitig stellt er die Trägerorganisation der »Schleswigschen Partei« (»Slesvigsk Parti«) dar, die sich bei Kommunal-, Amtrats- und bis 1979 auch bei Folketingswahlen zusammen mit den anderen dänischen Parteien um politische Repräsentanz in diesen Gremien bemüht.

Versucht man einem Außenstehenden zu erklären, was nun eigentlich den deutschen Nordschleswiger ausmacht, stößt man dabei sehr schnell auf größere Schwierigkeiten, zumal sich das Bild dieses Menschen in den 65 Jahren der Existenz einer deutschen Volksgruppe im Königreich Dänemark erheblich verändert hat.

Für viele Dänen ist auch heute noch der Angehörige der deutschen Minderheit ein »hjemmetysker« – ein Heimdeutscher. Hierbei ist allerdings anzumerken, daß auch dieser Begriff einen starken Wandel durchgemacht hat. In der Mitte des 19.

Jahrhunderts, war er zweifelsohne aus dänischer Sicht als pejorative Bezeichnung für den »hjemmelavet tysker« – den »selbstgemachten« Deutschen gedacht. Es sollte damit der Mensch gekennzeichnet werden, der sein angestammtes dänisches Volkstum verraten und sich als Renegat der deutschen Seite zugewandt hatte. Der dänische Hochschullehrer Cornelius Appel nannte die Heimdeutschen »ein unheimliches Volkswrack«, Prof. Hans Viktor Clausen verstieg sich sogar zu der Erkenntnis, daß die Heimdeutschen »nur durch die schlechten menschlichen Eigenschaften« entstanden seien: »Durch Eitelkeit, Herrschsucht, Begierde und Jämmerlichkeit«. Hilfe für diese bedauernswerten Menschen schien da allenfalls von dem Redakteur bei »Flensburg Avis« und späteren dänischen Abgeordneten im deutschen Reichstag, Jens Jessen, zu kommen, der meinte: »Man müsse ständig eine Kerze im Fenster stehenlassen, damit die Heimdeutschen eines Tages in den Schoß von Mutter Dänemark zurückkehren könnten«.<sup>1</sup>

Diese Definitionen wirken auf den heutigen Betrachter allenfalls wie eine schlechte Karikatur, die nur aus der tiefen nationalen Erregung dieser Zeit zu verstehen ist. Die Bezeichnung »Heimdeutscher« hat im Laufe der Jahre eine eindeutige Aufwertung erfahren und kann einen deutschen Nordschleswiger kaum noch beleidigen. Heute kann man sich bewußt als Heimdeutscher bezeichnen, um gleichzeitig damit sein angestammtes Recht auf die nordschleswigsche Heimat zu betonen – auch als Deutscher mit einem dänischen Paß.<sup>2</sup>

Auch Völkerrechtler scheinen nicht recht in der Lage zu sein, eine eindeutige Definition des Begriffs »nationale Minderheit« zu geben. Der Regensburger Völkerrechtler Otto Kimminich erkennt in einem im Oktober (1985) erschienenen Aufsatz deutlich diese Probleme und versucht vereinfachend zu sagen, daß »eine Minderheit im Sinne des Völkerrechts durch dieselben Definitionsmerkmale gekennzeichnet ist wie das Volk: gemeinsame Sprache, gemeinsame Kultur, gemeinsames historisches Schicksal. Die Minderheit erscheint somit prinzipiell als dasselbe wie ein Volk oder eine Nation, jedoch ohne Staat. Ferner wird mit ihr die Vorstellung einer relativen zahlenmäßige Kleinheit verbunden«.<sup>3</sup> Der Österreicher Viktor Guttman forderte 1931 für die Existenz einer Minderheit »die rassische, kulturelle und wirtschaftliche Eigenart« einer Volksgruppe; und als zusätzliche Merkmale »noch die Gemeinsamkeit bedeutenden Erlebens, (die) Schicksalsgemeinschaft«; ferner »das Vorhandensein eines gepflegten, kräftigen Existenzwillens«.<sup>4</sup>

In den Jahren nach 1920 bemühte sich auch der Völkerbund und nach 1945 die UNO um die Definition des Begriffs einer Minderheit. Nach diesen Definitionsversuchen handelt es sich bei der deutschen Minderheit in Nordschleswig um eine Grenzlandminderheit, die als »unecht« bezeichnet wird, weil ihr Siedlungsgebiet »nicht inmitten des fremdvölkischen Staates liegt, sondern

an der Grenze zu einem Staat, zu dessen Volk die Minderheit ethnisch gehört«. <sup>5</sup> Hierzu bemerkte der Österreicher Hans Eibl 1933: »Liegt ein Volksteil so, daß er mit der Hauptmasse seines Volkes räumlich verbunden ist, so besteht ein Präjudiz dafür, daß er keine Minderheit in einem anderen Staate, sondern daß die Grenze falsch gezogen sei«. <sup>6</sup> – Ein Argument, auf das wir später noch einmal zurückgreifen wollen.

Die heutige gültige »UNO-Definition« einer Minderheit aus der ersten Hälfte der 70er Jahre lautet folgendermaßen:

- a) Der Begriff Minderheit schließt nur jene nichtherrschenden Gruppen einer Bevölkerung ein, die stabile ethnische, religiöse oder sprachliche Traditionen oder Kennzeichen besitzen und zu bewahren wünschen, die sich deutlich von jenen der übrigen Bevölkerung unterscheiden;
- b) derartige Minderheiten sollten auf jeden Fall eine genügende Zahl von Personen umfassen, die ausreicht, um derartige Traditionen und Charakteristika zu bewahren;
- c) Solche Minderheiten müssen dem Staat gegenüber, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen, loyal sein. <sup>7</sup>

Bei dem Versuch einer kritischen Antwort auf die Frage, welche der vorgenannten Kriterien für die deutsche Minderheit in Nordschleswig zutreffen, kann dieses nur für zwei scharf voneinander abzugrenzende Phasen in der Geschichte der deutschen Minderheit in Dänemark geschehen: Zum einen für die Zeit von 1920 bis 1945, zum anderen für die Entwicklung in der Nachkriegszeit.

Unseres Erachtens treffen für die deutsche Minderheit für die Zeit nach 1920 hier die »bewußte Pflege des gemeinsamen deutschen Sprach- und Kulturgutes, das gemeinsame historische Schicksal der Niederlage bei der Volksabstimmung vom 10. Februar 1920«, bei der man mit rund 25 % gegenüber der dänischen Mehrheit »in eine relative zahlenmäßige Kleinheit geriet«, und »der kräftige Existenzwille der Deutschen in Nordschleswig« voll zu. Eine »rassische und wirtschaftliche Eigenart« kann man hingegen zu diesem Zeitpunkt der deutschen Minderheit kaum zusprechen. Ergänzend sei bemerkt, daß man die Haltung der Minderheit gegenüber der Mehrheit des nicht gewollten neuen Herbergsstaates Dänemark wohl »in ihrer Grundhaltung als weitgehend illoyal« ansehen muß.

Für die Zeit nach 1945 läßt sich von den in der UNO-Definition einer Minderheit geforderten Kriterien nur die »Frage der Loyalität gegenüber dem Herbergsstaat« voll bejahen. Die in der Gründungserklärung des »Bundes deutscher Nordschleswiger« vom 22. November 1945 ausgesprochene unbedingte Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber« ist in der Folgezeit – zunächst bei vielen Mitgliedern der Volksgruppe noch zögernd, dann aber in zunehmendem Maße bis heute voll nachvollzogen worden. Spezifisch deutsche sprachliche Traditionen oder Kennzeichen werden von der

Volkgruppenführung zwar immer noch offiziell betont, sind aber in den letzten Jahrzehnten einer immer stärker spürbar werdenden Belastung ausgesetzt. Gerade in diesem Bereich sind wahrscheinlich die Folgen des fast totalen zwangsmäßigen Niedergangs des deutschen Schulwesens in Nordschleswig nach dem Mai 1945 am stärksten sichtbar geworden. Fraglich erscheint auch, ob die deutsche Minderheit auf längere Sicht »eine genügend starke Zahl von Personen umfassen (wird), die ausreicht, um derartige Traditionen oder Charakteristika zu bewahren«, wie es in der UNO-Definition einer Minderheit postuliert wird.

Aus diesen Feststellungen nun aber den Schluß ziehen zu wollen, daß die Existenz der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig in absehbarer Zeit ernstlich bedroht sei, halten wir es für verfrüht und verfehlt. Mit Recht hat der kürzlich verstorbene Kieler Landeshistoriker Alexander Scharff wiederholt darauf hingewiesen, daß es der deutschen Volksgruppe im Laufe ihrer 65jährigen Geschichte immer wieder gelungen sei, ungeahnte neue Kräfte und frischen Behauptungswillen zu zeigen. Falsch wäre es allerdings auch, die Gefahren der Assimilierung und Dissimilierung zu unterschätzen, denen die Volksgruppe – und hier vor allem bei der nachwachsenden Generation – zu unterschätzen. Auch die heute immer wieder artikulierte Bereitschaft der Volksgruppenführung »als loyale dänische Staatsbürger mit dem Anspruch und der Bereitschaft, im dänischen Alltag als gleichberechtigter Partner mitzuwirken«, versetzt die deutsche Volksgruppe in das Spannungsfeld einer »doppelten Loyalität« – der Loyalität gegenüber dem dänischen Staat und der Loyalität gegenüber ihrem Deutschtum. Eine Prognose, wie diese Doppelbelastung von den deutschen Nordschleswigern bewältigt werden wird, kann hier der Historiker kaum geben.

## *2. Die deutsche Minderheit im dänischen Staat nach 1920*

Ehe wir uns nun der Situation der deutschen Minderheit nach 1945 und ihrem Verhältnis zu ihrer dänischen Umwelt zuwenden, erscheint es uns notwendig, einige grundsätzliche Anmerkungen zur Haltung der deutschen Nordschleswiger in den Jahren von 1920 bis 1945 zu machen.

Unmittelbar nach der Volksabstimmung im Februar 1920 begann sich das nordschleswigsche Deutschtum, organisatorisch zu sammeln. Es erfolgten sehr schnell die Gründungen des Deutschen Schulvereins für Nordschleswig, des Schleswig-schen Wählervereins, der bei Wahlen unter dem Namen »Slesvigsk Parti« auftrat, Deutscher Jugendbünde, der Nordschleswigschen Gemeinde als Träger der kirchlichen Arbeit in den ländlichen Bezirken etc. Die führende Persönlichkeit der deutschen Nordschleswiger wurde dabei der ehemalige Gemeindepastor in Wodder, Johannes C. Schmidt, der sich in deutsch-preußischer Zeit energisch gegen eine »Germanisierungspolitik« gegenüber der

dänischgesinnten Bevölkerung in Nordschleswig ausgesprochen hatte. Die politische Zielsetzung der Deutschen wurde in den Programmen des »Schleswigischen Wählervereins« vom 20. Juli und 18. August 1920 formuliert.<sup>8</sup> Neben der Betonung der »alten Beziehungen zu Schleswig« (§ 3) forderte man auf der Basis des »rein und gerecht durchgeführten Selbstbestimmungsrechts« (§ 1) eine Revision der dänischen Südgrenze (§ 1). Hinzu kam das Verlangen der Deutschen, sich in »Kirchen-, Schul- und allen völkischen Angelegenheiten selbst zu verwalten« (§ 4). Zudem erhielt das vorläufige Programm des SWV vom 20.7.1920 die Forderung nach einer Teilnahme »an der vom (dänischen) Staat eingeleiteten Siedlungspolitik« (Punkt 5).

An diesen Leitsätzen orientierte sich in den folgenden 20 Jahren weitgehend auch die Politik der deutschen Volksgruppe im dänischen Staat.

Drei der eben angeführten Forderungen sollen kurz näher betrachtet werden: 1) die Forderung nach einer Grenzrevision, 2) der Wunsch nach kultureller Autonomie und 3) die Frage des deutschen Anteils der staatlichen Siedlungspolitik in Nordschleswig; denn diese Forderungen der deutschen Nordschleswiger wurden in der Folgezeit von dänischer Seite besonders kritisch verfolgt.

#### a) Die Forderung nach einer Grenzrevision

Wie schon eingangs erwähnt, hatte Hans Eibl die These aufgestellt, daß die Existenz einer Grenzminorität in einem anderen Staat ein Präjudiz dafür sei, daß die Grenze falsch gezogen sei. Von dieser These scheint auch die deutsche Minderheit nach 1920 zunächst weitgehend ausgegangen zu sein. Nachdem sich der Versuch der deutschen Reichsregierung, aufgrund des sog. »Tiedje-Gutachtens« (vom 17.3.1920) eine nachträgliche Grenzkorrektur vorzunehmen, wonach etwa gleich große nationale Minderheiten auf beiden Seiten der neuen Staatsgrenze geblieben wären, wegen der entschiedenen Ablehnung von dänischer Seite als erfolglos erwiesen hatte, vertrat die deutsche Minderheitenführung dieses Ziel in der Folgezeit dennoch energisch weiter. Wie aber eine eventuelle Grenzrevision aussehen sollte, ist in den bisher zugänglichen Darstellungen bisher nicht richtig erläutert worden.

Nähere Aufschlüsse über eine konkrete Zielsetzung in dieser Frage lassen sich aber aus einer Denkschrift über »Deutsche Politik in Nordschleswig«<sup>9</sup> entnehmen, die der Schriftleiter der »Neuen Tondernschen Zeitung«, Jacob Bödewadt, offensichtlich in voller Übereinstimmung mit Schmidt-Wodder im September 1923 an den deutschen Reichskanzler Gustav Stresemann sandte.<sup>10</sup> Hier macht der Verfasser deutlich, daß nicht einfach an eine »Wiederherstellung des Zustandes von 1918/20« gedacht ist. Wörtlich hieß es dann: »Darum kann für einen weiterblickenden deutschen Politiker – auch wenn er noch so sehr an der schleswig-holsteinischen Überlieferung hängt – eine starre Königsau-Politik,

womöglich gar in rein machtpolitischer Prägung, nicht in Frage kommen.« Hilfe für eine Teilrevision der Grenze erhofft sich Bödewadt dabei von schwedischer und norwegischer Seite im Rahmen eines gemeinsamen »germanischen Zusammenfindens im Norden«. Letztes Ziel dabei sei »ein künftiges deutsch-skandinavisches Zusammenstehen«. Bödewadt beschreibt die »politisch einflußreichen Kreise Dänemarks« als »schröff deutschfeindlich«, so daß »an eine aufrichtige Verständigung zwischen deutschem und dänischem Volk und Staat in absehbarer Zeit nicht zu denken« sei. Falls aber die Verbindungen nach Schweden und Norwegen weiter ausgebaut werden könnten, würde »das eingekreiste Dänemark später leichter zu uns hinzutreten.«

Den Schlußteil des Denkschreibens wollen wir im vollen Wortlaut wiedergeben, weil hier einige interessante Perspektiven aufgezeigt werden im Hinblick auf den Vorstoß schleswig-holsteinischer Nationalsozialisten gegen die Grenze in der Osterzeit des Jahres 1933 und im Hinblick auf die Entwicklung in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg:

»Die innere Festigkeit des nordschleswigschen Deutschtums und dazu jene eben angedeutete Aussicht würde es aber umgekehrt zu einem nationalen Verbrechen machen, wenn man den deutschen Nordschleswigern etwa zumuten wollte, sich mit den gegenwärtig gegebenen Tatsachen abzufinden. Eine solche Parole von der deutschen Reichsregierung her – wir halten sie freilich trotz allem für ausgeschlossen – würde zudem die Gefahr einer weitgehenden Autonomiebewegung in Schleswig- Holstein heraufbeschwören.

Der einzig verantwortliche Weg ist und bleibt daher: Festhalten am völkischen Selbstbestimmungsrecht, dies aber nicht etwa als Resignation sondern als aktives Programm gefaßt, mit dem nationalgeographischen Ziel der Grenze von 1920 und dem großpolitischen Ziel eines deutsch-skandinavisches Zusammenfindens in gegenseitiger Freiheit und Achtung.

Den bei einer solchen Entscheidung unter deutscher Reichshoheit kommenden Nordschleswigern – eine ganz reine Scheidung ist ja bei keiner Grenzziehung möglich – ist alsdann jede kulturelle Selbstverwaltung in gleichem Ausmaß zu gewähren, wie wir Deutsch-Nordschleswiger sie jetzt – vergebens – von Dänemark fordern. Dann wird die Grenze nicht mehr eine Trennungsmauer zwischen feindlich gesinnten Staaten und Völkern, sondern eine Verbindungsnaht zwischen ruhigen Nachbarn sein.«

#### b) Der Wunsch nach kultureller Autonomie

Forderungen nach »Selbstverwaltung der Deutschen in Kirchen-, Schul- und völkischen Angelegenheiten« dienten nach den Vorstellungen Schmidt-Wodders – und wie eben auch in den Ausführungen Bödewadts – vor allem dem Ziel der »inneren Festigung des Deutschtums« in Nordschleswig. Ein besonderer

Stimulanz zum Widerstand gegen dänische Assimilierungsbestrebungen bildeten dabei die Äußerungen Hans Peter Hanssens, der z. B. sagte, daß »die tyskeri zerfallen, hinsiechen und verschwinden müsse« (»at tyskeriet må optrevles, dø hen og forsvinde«).<sup>11</sup>

Vor allem das Ziel der Selbstverwaltung im schulischen Sektor wurde beharrlich weiterverfolgt. Es gelang dem deutschen Schulverein, sein Schulwesen auszubauen und sogar gegen den langwährenden Widerstand der dänischen Zentraladministration die (volle) Gültigkeit eines deutschen Studentexamen am Deutschen Gymnasium in Apenrade durchzusetzen und später auch die Genehmigung zur Abhaltung des Realexamens an den deutschen Schulen in Nordschleswig zu erreichen. 1942 schien das Ziel einer kulturellen Autonomie weitgehend erreicht, als ein Schulamt als »behördliche Instanz« für Minderheitenschulen und Büchereien von dänischer Seite anerkannt wurde.

### c) Die Bodenfrage

Da nach den Vorstellungen Schmidt-Wodders der bodenständige deutsche Bauer ein besonderer Garant für die Erhaltung des Deutschtums in Nordschleswig war, maß man der Erhaltung und dem Neuerwerb von landwirtschaftlich nutzbarem Boden in deutschen Händen einen besonderen Stellenwert zu. Erschwert wurden diese Bemühungen aber durch die allgemeine Krise der nordschleswigschen Landwirtschaft in der Mitte der zwanziger Jahre. Durch Kreditkassen und Finanzierungshilfen des dänischen Staates, die offiziell für alle offenstanden, gelang es nur teilweise, die herrschende Not zu lindern. Zwangsversteigerungen von Höfen waren oft die Folge. »Die tiefe Beunruhigung der nordschleswigschen Bauern zeigte sich dann in einigen Bauernbewegungen, z. B. in der sogenannten »Selbstverwaltungsbewegung« (»bondens selvstyre«) von Cornelius Petersen oder in der Sammlungsbewegung«, die von Schmidt-Wodder zu nationalen Zielen inspiriert wurde«, wie es Peter Hopp in einem Aufsatz ausdrückt.<sup>12</sup> Auch im Ringen um den bäuerlichen Grundbesitz traten immer deutlicher nationale Akzente zutage. Die von deutscher Seite im September 1926 gegründete »Kreditanstalt Vogelgesang« in Hadersleben rief auf dänischer Seite als Reaktion die Gründung von »Landeværnet« im Januar 1927 hervor. Durch die zunehmende reichsdeutsche Unterstützung gelang es Vogelgesang, bis 1945 ca. 3.000 ha verteilt auf 83 Höfe in deutscher Hand zu halten. – »Heiligen deutschen Boden«, wie er es einmal in einem Schreiben an Schmidt-Wodder ausdrückte. Trotz dieser Bemühungen mußte man aber auf deutscher Seite feststellen, daß von 1920–1939 ca. 34.000 ha ehemaligen deutschen Bodenbesitzes in dänische Hand überging. Wir werden später noch aufzeigen, daß dieser »Bodenkampf« auch nach Kriegsende noch nicht abgeschlossen war und auch in den letzten Jahren noch hier und dort zu Kontroversen führen konnte.

### 3. Nordschleswig in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1945)<sup>13</sup>

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Deutschen Reich im Januar 1933 erforderte bei vielen deutschen Nordschleswigern in Teilbereichen ihrer politischen Zielvorstellungen kein grundsätzliches Umdenken. Obwohl die anwachsende NS- Bewegung in Deutschland in Nordschleswig bis 1933 kein spürbares Echo gefunden hatte, befand man sich – bei der im Ansatz seit 1920 irredentistischen Grundhaltung – in der Frage der Wiedergutmachung des Unrechts von Versailles und der programmatischen Forderungen der Nationalsozialisten nach einer Vereinigung aller Deutschen in einem Reich durchaus in Übereinstimmung mit Zielen der deutschen NS-Bewegung. Befürwortet wurde auch der Gedanke einer zu schaffenden Volksgemeinschaft, während rassistisches, revolutionäres und sozialistisches Ideengut offenbar kaum eine Rolle spielten.

Daneben bot eine bei einem großen Teil der Nordschleswiger feststellbare deutschnationale, bzw. völkisch-konservative Grundeinstellung dem Vordringen des NS-Gedankens im Frühjahr 1933 nördlich der Grenze gute Voraussetzungen. Hinzu kamen die traditionell engen Bindungen nach Schleswig-Holstein, wo man seit 1920 die Lösung der Nordschleswig-Frage im deutschen Sinne als ein spezifisch schleswig-holsteinisches Anliegen zu betrachten gewohnt war. Die neue nationalsozialistische Landesführung in Kiel wünschte sehr bald auch einen politischen Führungswechsel bei der deutschen Volksgruppe. Schmidt-Wodder, der dem politisch bedingten Wechsel in der Leitung des S.H.B. ablehnend gegenübergestanden hatte, fiel bei der schleswig-holsteinischen NS-Leitung in Ungnade und sollte nach dem Willen des Gauleiters durch junge, unverbrauchte nordschleswigsche Führungskräfte ersetzt werden.

Die daraufhin einsetzenden Streitigkeiten zwischen mehreren rivalisierenden NS-Gruppierungen verhinderten aber zunächst die beabsichtigte Gleichschaltung und führten fast zur Spaltung der deutschen Volksgruppe. Erst durch das Eingreifen des schleswig-holsteinischen Gauleiters und Oberpräsidenten Lohse wurde im Juli 1935 eine Sammlung in der »National-sozialistischen Deutschen Arbeiterpartei – Nordschleswig« (N.S.D.A.P.-N.) unter der Führung des Gravensteiner Tierarztes Dr. Jens Möller möglich. Allerdings gelang es erst 1938, alle bestehenden politischen und kulturellen Organisationen der deutschen Volksgruppe unter J. Möller in der N.S.D.A.P.-N. zu vereinigen. Im April 1939 übernahm Möller auch das deutsche Mandat von Pastor Schmidt-Wodder im dänischen Folketing.

Verweilen wir kurz bei dem Wahlkampf und dem Ergebnis der Folketingswahl vom 3. April 1939 im nordschleswigschen Raum. Von deutscher Seite wurde damals ein Wahlkampf geführt, der in seinen Ausmaßen und seiner Härte in Dänemark

bis dahin unbekannt war. Plakate, Wahlreden, Zeitungsartikel und Aufmärsche uniformierter deutsch-nordschleswiger SK- und Jugendverbände irritierten die dänischer Umwelt des Landesteils in höchstem Grade und veranlaßte alle dänische Parteien, dagegen Front zu machen. Vor allem ein deutsches Wahlplakat, das auf die »Heimkehr ins Reich« von Österreich, dem Sudetenland, Böhmen und Mährens und des Memellandes hinwies und mit der Forderung endete: »Nordschleswig stimmt für Slesvigsk Parti!«, schien eine erneute Bedrohung der Grenze von 1920 zu signalisieren, letzthin abgedruckt in: Grenzfriedenshefte 1985, S. 10f. Der Wahlgang wurde somit in Nordschleswig praktisch zu einer Wiederholung der Volksabstimmung von 1920. 92,9% der Stimmberechtigten gingen zu den Wahlurnen (gegenüber 78,1% im übrigen Dänemark). Mit 15.016 Stimmen (= 15,9%) der abgegebenen Stimmen erreichte die »Schleswigsche Partei« zwar die höchste Stimmenzahl ihrer Geschichte, verfehlte aber dennoch das angestrebte zweite deutsche Folketingsmandat. Möllers politischer Tätigkeit – vor allem gegenüber der dänischen Öffentlichkeit und seiner Arbeit als Abgeordneter im Folketing – waren von Anfang an sehr enge Grenzen gesetzt. Das Auswärtige Amt und die »Volksdeutsche Mittelstelle« (VoMi), der von Adolf Hitler 1938 die gesamte grenz- und volkstumpolitische Arbeit des Deutschen Reiches übertragen worden war, dämpften deutlich alle Erwartungen der Volksgruppenführung auf eine baldige »Heimkehr ins Reich«, die im Zuge der Erfolge der expansiven Außenpolitik Hitlers auch in Nordschleswig wieder stark gewachsen waren.

Der Ausbruch der Zweiten Weltkrieges im September 1939 und vor allem die deutsche Besetzung Dänemarks am 9. April 1940 schien den deutschen Nordschleswigern noch einmal die Erfüllung all derjenigen Hoffnungen und Wünsche zu ermöglichen, die die vorausgegangene Revisionspropaganda in ihnen wachgehalten und geweckt hatte. Da die offizielle Reichspolitik auch zu diesem Zeitpunkt deutlich bestrebt war, ein engeres Verhältnis zu den drei nordischen Staaten herbeizuführen (Pläne Rosenbergs und Hitlers zur Schaffung eines »Nordosteuropabundes«), wurde der deutschen Volksgruppe eröffnet, daß eine Heimkehr ins Reich zunächst nicht stattfinden könne. Gleichzeitig forderte man aber die Volksdeutschen auf, durch freiwillige Opfer für das deutsche Muttervolk zu zeigen, daß sie in ihrer Volkstumsgesinnung gute Deutsche seien. Verständlicherweise konnte die Volksgruppenführung den Verzicht auf eine Grenzrevision nicht ohne weiteres hinnehmen, da sich die NSDAP-N durch ihre gesamte bisherige Propaganda gerade in diesem Punkt festgelegt hatte (besonders im Wahlkampf im April 1939 hatte neben wirtschaftlichen Argumenten die »Heim ins Reich«-Parole eine zentrale Rolle gespielt). So bedurfte es in der Folgezeit eines erheblichen Druckes deutscher Stellen, um die deutsche Führung in Nordschleswig davon zu überzeugen, daß die Grenzfrage weiterhin

zurückzustellen sei. Ganz verstummen konnte die Debatte um diesen Punkt jedoch auch in den folgenden Jahren nicht, da man nicht bereit war, sich damit abzufinden, daß der bisherige Standpunkt nicht beibehalten werden sollte. Erschwert wurde vor diesem Hintergrund auch die nach der Besetzung massiv einsetzende Freiwilligenwerbung von Volksdeutschen für die Waffen-SS und andere deutsche Wehrorganisationen. Häufig befanden sich junge Nordschleswiger – als dänische Staatsbürger – in einem Gewissenskonflikt, glaubten aber nicht, sich ihren Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Muttervolk entziehen zu können. Die bis zum 29. August 1943 (Verhängung des Ausnahmezustandes in Dänemark) praktizierte »Verhandlungs- und Zusammenarbeitspolitik« zwischen dem Deutschen Reich und der dänischen Regierung bestärkte aber viele von ihnen in dem Glauben, einer guten Sache zu dienen. An der Jahreswende 1944/45 standen über 6000 Nordschleswiger in deutschen Diensten. Bis zum Kriegsende waren 745 deutsche Nordschleswiger gefallen oder vermißt. Der Opferwille der Volksgruppe wurde von reichsdeutscher Seite in rücksichtsloser Weise ausgenutzt. »Eine deutsche Volkstumspolitik, die an die Erhaltung der Substanz der Volksgruppe gedacht hätte, gab es nicht mehr.«<sup>14</sup>

Es muß vor diesem Hintergrund als tragisch angesehen werden, daß viele deutsche Nordschleswiger für ihren Opferwillen während des Krieges in der in Dänemark nach 1945 einsetzenden »Rechtsabrechnung« zu – aus dänischer Sicht – illoyalen Staatsbürgern abgestempelt, mit mehrjähriger Haft und Ehrverlust bestraft wurden.

#### *4. Nordschleswig nach 1945 – Zusammenbruch und Neubeginn*

Die Maitage des Jahres 1945 waren besonders in Nordschleswig von starken, aufgestauten Erregungen der dänischen Bevölkerung geprägt. Die Haltung der deutschen Nordschleswiger während des Krieges wertete man allgemein als illoyales Verhalten. Rund 3.500 Mitglieder der deutschen Volksgruppe wurden von der dänischen Widerstandsbewegung und der Polizei verhaftet und im Faarhus-Lager interniert. Von den bestehenden 89 privaten und kommunalen deutschen Schulen mit rund 4000 Schülern wurden der allergrößte Teil durch eine Ministerialverfügung geschlossen und die Gebäude später zwangsweise enteignet. Dieser Verlust wog besonders schwer, da hierdurch das kulturelle Leben der Volksgruppe empfindlich beeinträchtigt wurde. Auch viele deutsche Kirchengemeinden mußten nach der Verhaftung ihrer Pastoren die Arbeit einstellen.

Im Verlauf der in ganz Dänemark durchgeführten »Rechtsabrechnung«, die hauptsächlich aufgrund von Gesetzen mit rückwirkender Kraft stattfand, wurden in den folgenden Jahren 2958 Nordschleswiger (ein Viertel der männlichen

Angehörigen der Volksgruppe) verurteilt. Bei weitem die meisten Urteile betrafen deutschen Wehr- und Wachdienst, nur etwa 90 Urteile wurden aufgrund schwerer wiegender Vergehen gefällt. Obwohl die Haftzeiten später teilweise durch Amnestien verkürzt wurden, erhielten nicht alle Begnadigten sofort ihr Wahlrecht wieder. Ebenso gab es Einschränkungen in der Ausübung freier Berufe. Dieser Prozeß war erst 1955 endgültig abgeschlossen.

Daß viele deutsche Nordschleswiger sich während des Krieges und der Zeit der deutschen Besetzung Dänemarks in einer tragischen Konfliktsituation befunden hatten, wurde im ersten Jahrzehnt nach dem Kriegsende von dänischer Seite kaum anerkannt. Erst in neuester Zeit mehrten sich die Stimmen, die die Einsicht erkennen lassen, daß vor allem die deutschen Frontfreiwilligen und die »kleinen Leute« damals zu hart bestraft worden sind.

Trotz dieser schlechten Ausgangslage kam es schon im Sommer und Herbst 1945 zu ersten Schritten einer Konsolidierung der deutschen Minderheit. Nach der Neugründung des »Deutschen Schul- und Sprachvereins für Nordschleswig« konnte, wenn auch in sehr bescheidenem Umfang, wieder ein deutscher Unterricht im Rahmen der Volksschule angeboten werden. Der volle Ausbau mit Realschulen und einem Gymnasium wurde erst nach 1955 möglich, als den deutschen Schulen in der Minderheitenerklärung der dänischen Regierung wieder das Recht zugestanden wurde, staatlich anerkannte Examina abzuhalten. 1984 besuchten 1338 Schüler die 18 deutschen Privatschulen in Nordschleswig; in den 24 deutschen Kindergärten wurden 550 Kinder betreut. Daneben entstanden in den letzten Jahren eine Reihe von Freizeitheimen und Jugendclubs.

Trotz der Strafverfolgung, durch die größere Teile der deutschen Minderheit betroffen waren, gelang im November 1945 ein neuer Anfang. Gestützt auf die im November 1943 von einem Kreis deutscher Haderslebener Bürger formulierten Grundsätze, die einen endgültigen Schlußstrich unter die Grenzrevisionsansprüche der deutschen Minderheit zogen und ihre Loyalität zum dänischen Staat bekannten, wurden am 22. November 1945 der »Bund deutscher Nordschleswiger« (BdN) gegründet. Im Sinne grundlegender Umorientierung hinsichtlich der bisher verfolgten Zielvorstellung politischer Arbeit hieß es in der Grundsatzerklärung des BDN:

- a) Als deutsche Nordschleswiger bekennen wir uns zu unbedingter Loyalität dem dänischen König, dem dänischen Staat und der jetzigen Grenze gegenüber und erstreben einen ehrlichen Frieden in unserer Heimat.
- b) Wir wollen uns auf den Boden demokratischer Staatsauffassung stellen und in unserem politischen Leben die Grundsätze der Demokratie bestätigen. Daher verwerfen wir alle Politik, soweit sie nicht zu vereinbaren ist mit den Grundsätzen des Rechtes, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit.<sup>15</sup>

Nach einer Zeit des Provisoriums, ist der ein Arbeitsausschuß die Geschicke des

BdN leitete, wurde am 17. Mai 1947 ein Hauptvorstand gewählt. In der Folgezeit entwickelte sich der BdN zum »institutionellen Mittelpunkt« der deutschen Volksgruppe. Die von ihm im Laufe der Zeit formulierten Ziel- und Wertvorstellungen werden von den deutschen Nordschleswigern bis heute weitgehend als verbindlich angesehen.

Grundlage des Selbstverständnisses der deutschen Nordschleswiger ist nach wie vor das Bekenntnis zum Deutschtum und seiner Geschichte und ihrer nordschleswigschen Heimat.

Im Sinne einer Brückenfunktion wollen sie dazu beitragen, die positive Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte im deutsch-dänischen Grenzland zu fördern. Ebenso treten sie ein für eine Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit unter Wahrung der jeweiligen volklichen Identität. Zur Verwirklichung dieser Ziele wird für den BdN auch in Zukunft die materielle und ideelle Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland, des Landes Schleswig Holstein, der deutschen Grenzverbände, der Patenschaften und vieler anderer Freunde und Förderer nötig sein. Der BdN besteht heute aus 13 Bezirks- und 26 Ortsvereinen und hat, wie schon erwähnt, rund 4.400 Mitglieder. Oberstes Beschlußorgan des Bundes ist die Delegiertenversammlung. Sie entscheidet auch über die politischen Rahmenrichtlinien des BdN bei Folketings-, Amts- und Kommunalwahlen, an denen der Bund unter dem Parteinamen »Schleswigsche Partei« (Slesvigsk Parti) teilnimmt. Zentrale Geschäftsstelle des BdN ist das »Deutsche Generalsekretariat« in Apenrade. Die praktische Tätigkeit des Generalsekretärs und des Sekretariats erstreckt sich vor allem auf die Betreuung der deutschen Institutionen, Vereine, der deutschen Tageszeitung und der allgemeinen Finanz- und Vermögenssicherung der Volksgruppe.

Innerhalb des BdN, dessen Mitglieder im gesamten Amt (Großkreis) Nordschleswig auf einer Fläche von 3929 qkm<sup>2</sup> wohnen, spielt die deutsche Tageszeitung »Der Nordschleswiger« (seit Februar 1946 zunächst als Wochenblatt, seit 1951 als Tageszeitung) eine entscheidende Rolle als Kommunikationsorgan der deutschen Volksgruppe. Die Zeitung informiert aber nicht nur über den eigenen Lebensbereich, sondern auch über das aktuelle Geschehen in Dänemark, im Nachbarland Schleswig-Holstein, in der Bundesrepublik Deutschland und aus aller Welt. Darüber hinaus versucht sie, einen kritisch-positiven Beitrag zu den deutsch-dänischen Beziehungen zu leisten. Ihr Leserkreis reicht heute über die deutsche Volksgruppe hinaus.

Aufgrund der relativ schnellen Konsolidierung der deutschen Volksgruppe konnte man schon im März 1946 an Kommunalwahlen teilnehmen und erreichte 40 Mandate (gegenüber 62 Mandaten bei den letzten Wahlen im Jahre 1937). Eine Vertretung im dänischen Folketing strebte man seit dem Oktober 1947 an. In drei Folketingswahlen in den Jahren 1947-53 gelang es aber nicht, einen deutschen

Abgeordneten in das dänische Parlament zu entsenden. Erst nach einer Änderung des dänischen Grundgesetzes 1953, die eine Erhöhung der Zahl der Abgeordneten vorsah, gelangte im September 1953 der deutsche Vertreter Hans Schmidt-Oxbüll mit 9721 Stimmen ins Folketing. Dieses Mandat konnte bis 1964 gehalten werden. In den Wahlen von 1964 bis 1973 erreichte die Schleswigsche Partei nicht die notwendige Stimmenzahl, die für ein Direktmandat erforderlich war. Als »Ersatzlösung« rief die dänische Regierung 1965 aber einen »Kontaktausschuß« beim Staatsministerium ins Leben, um der deutschen Minderheit Gelegenheit zu geben, direkt »über alle innenpolitischen Angelegenheiten von Interesse für die Minderheiten zu verhandeln.«

In den Jahren von 1973 bis 1979 gelang es erneut, einen deutschen Abgeordneten ins Folketing zu entsenden. Aufgrund einer wahltechnischen Zusammenarbeit mit den dänischen Zentrumsdemokraten konnte der Apenrader Chefredakteur Jes Schmidt für drei Legislaturperioden sein deutsches Mandat behaupten. Der Abbruch der Zusammenarbeit mit den Zentrumsdemokraten nach 1979 hat bis heute der deutschen Minderheit einen erneuten Einzug ins Folketing verwehrt. Der Kontakt zu Regierung und Parlament in Kopenhagen ist seither durch den Kontaktausschuß (heute unter dem Vorsitz des dänischen Innenministers) und ein seit 1983 bestehendes »Sekretariat der deutschen Volksgruppe« in Kopenhagen gewährleistet. Von seiten des Bundes deutscher Nordschleswiger wird aber betont, daß man trotz dieser Lösung die Option auf eine eigene parlamentarische Vertretung in Kopenhagen nicht aufgegeben habe. Die direkte politische Vertretung der deutschen Volksgruppe beschränkt sich heute auf einen Vertreter im nordschleswigschen Amtsrat (Kreistag) und auf 12 kommunale Vertreter in 6 der 23 nordschleswigschen Kommunen. Als problematisch in diesem Zusammenhang muß das Wahlverhalten der jüngeren Generation innerhalb der deutschen Volksgruppe angesehen werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der noch ihre Großeltern und Eltern »deutsch« gewählt haben, gilt für sie nur noch bedingt. Politische Aufgabe der Zukunft muß es für den BdN sein, einen zu starken Assimilierungs- und Dissimilierungsprozeß an die Mehrheit im Lande zu begrenzen. Die deutsche Volksgruppe ist heute im Gegensatz zu früher bemüht, sich nicht mehr zu isolieren, sondern an der Lösung gesellschaftspolitischer Aufgaben im dänischen Staat teilzunehmen; sie bejaht offen eine europäische Zusammenarbeit und betont die Brückenfunktion des Grenzlandes. Eine so geartete Öffnung nach außen kann aber nicht bis zum Verlust der eigenen Identität gehen.

Die vor nunmehr 30 Jahren vom dänischen Ministerpräsidenten H. C. Hansen abgegebene »Kopenhagener Erklärung« hat die Stellung der deutschen Minderheit im dänischen Grenzland in entscheidenden Bereichen abgesichert, so daß sich auch die deutschen Nordschleswiger nach einem Jahrzehnt moralischer

Isolierung wieder als vollgültige dänische Staatsbürger betrachten konnten.

Die problembeladene Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland in den Jahren 1945 bis 1955 hat durch die Minderheitenerklärungen von 1955 einen positiven Abschluß gefunden, der vielfach als europäischer Modellfall gepriesen wird und der sich in den vergangenen 30 Jahren weitgehend bewährt hat.

Einen ersten Schritt zur Lösung der Minderheitenfrage hatte bereits 1949 die schleswig-holsteinische Landesregierung durch die Abgabe der »Kieler Erklärung« vom 26.9.1949 getan, die in einer für die damalige Zeit fortschrittlichen Weise die Rechte der dänischen Minderheit im Landesteil Schleswig absicherte. Die von der Landesregierung gehegte Erwartung, daß die dänische Regierung nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit der deutschen Minderheit in Dänemark dieselben Rechte und Freiheiten einräumen würde, hatten sich nicht erfüllt. Die Antwort auf den vom Bund deutscher Nordschleswiger daraufhin geforderten »Freiheitsbrief« war das sog. »Kopenhagener Protokoll« vom 27.10.1949. Hierin versicherte man von seiten der dänischen Regierung dem BdN, daß alle durch die dänische Verfassung zugesicherten staatsbürgerlichen Rechte auch für die Mitglieder der deutschen Volksgruppe ihre Gültigkeit hätten. Das Kopenhagener Protokoll entsprach aber in seiner Substanz kaum der Kieler Erklärung. Wenn man auch auf seiten des BdN nicht offen seine Enttäuschung zeigte, war dennoch klar, daß man eigentlich kaum erreicht hatte, was angestrebt worden war. Allenfalls war ein erster Schritt aus einer moralischen Isolierung der Minderheit im dänischen Staat getan worden.

Eine auch für die deutsche Minderheit brauchbare Lösung ergab sich erst im Vorfeld des geplanten deutschen NATO-Beitritts durch direkte deutsch-dänische Verhandlungen auf Regierungsebene im Jahre 1955. In engem Zusammenwirken von Bundesregierung und der schleswig-holsteinischen Landesregierung unter Ministerpräsident v. Hassel gelang es, von der dänischen Regierung Zusagen zu erhalten, die eine volle Gleichberechtigung der deutschen Minderheit mit der Mehrheit in Dänemark garantierten. Neben einer Erklärung über die allgemeinen Rechte der deutschen Minderheit konnte vor allem wieder die Möglichkeit der Errichtung weiterführender deutscher Schulen mit staatlich anerkannten Examina erreicht werden. Die in den sog. »Tingleffer Empfehlungen« des Bundes deutscher Nordschleswiger vom 26.2.1955 geforderte Befreiung von den Nachwirkungen der dänischen Rechtsabrechnung nach 1945 gelang jedoch nicht.

Zweifelsohne hat die »Kopenhagener Erklärung« der dänischen Regierung bis heute eine gute Basis für die Existenz der deutschen Volksgruppe im dänischen Staat dargestellt, die man dankbar anerkennen sollte. Den »Geist« dieser Erklärung gilt es aber auch heute und in Zukunft noch in einigen Bereichen zu erfüllen. Als aktuelle Forderungen seien hier genannt: die finanzielle Gleichberechtigung des deutschen Büchereiwesens in Nordschleswig, die

öffentliche Förderung der deutschen Kulturarbeit in Theater und Musik, die Gleichberechtigung aller deutschen Kindergärten in den nordschleswigschen Kommunen und die volle Anerkennung von deutschen Freizeithäusern und Jugend- und Freizeitclubs.

##### *5. Die deutsche Minderheit und ihre dänische Umwelt heute*

Der 30. Jahrestag der Unterzeichnung der Bonn-Kopenhagener Erklärungen im März dieses Jahres gab Politikern der Bundesrepublik und Dänemarks Gelegenheit, ihr positives Verhältnis zu den Minderheiten in ihren Ländern eindrucksvoll zu unterstreichen. Positive Zeichen in dieser Richtung waren auch der gemeinsame Grenzlandbesuch der beiden Regierungschefs Schlüter und Kohl im Mai dieses Jahres und ebenso die Tatsache, daß es sich der dänische Staatsminister nicht nehmen ließ, am 29. Oktober im Rathaus von Frederiksberg die gemeinsame historisch-politische Ausstellung, die von den beiden Minderheiten südlich und nördlich der Grenze konzipiert und getragen wird, persönlich zu eröffnen.

Mit einer gewissen Befriedigung kann so heute die deutsche Minderheit feststellen, daß sie ihre selbstgewählte Brückenfunktion zwischen den beiden Nachbarländern im Laufe der Jahre erfüllen konnte – nicht mehr »Störfaktor« im deutschdänischen Verhältnis, sondern ein Bindeglied zwischen zwei europäischen Nachbarn ist. In diesem Sinne verstehen wir auch die Worte des 1. Vizepräsidenten des schleswig-holsteinischen Landtages, Kurt Hamer, der am 2. November beim »Deutschen Tag« in Tingleff die Minderheiten als »positive Provokateure« bezeichnete und sie »einen Glücksfall für das deutsch-dänische Verhältnis« nannte. Es scheint in diesem Sinne auch nicht mehr ungewöhnlich, wenn heute fast alle nordschleswigschen Folketingsabgeordneten Gäste des »Deutschen Tages« sind. Bemerkenswert scheint uns auch die Tatsache, daß am 29. Oktober erstmalig in der Geschichte der deutschen Minderheit eine offizielle Delegation der deutschen Volksgruppe auf Einladung von Parlamentspräsident Svend Jacobsen als Gäste auf Christiansborg weilten.<sup>16</sup> So ist zweifellos dem Vorsitzenden von »Grænseforening«, Professor H. P. Clausen, nur zuzustimmen, wenn er mehrfach erklärt hat, daß sich die Verhältnisse im schleswigschen Grenzraum in den letzten 30 Jahren mehr verbessert hätten als in den vorangegangenen 150 Jahren.

Ferner ist Professor Clausen auch zuzustimmen, wenn er auf der Vertreterversammlung von »Grænseforening« Mitte Oktober feststellte, daß »die Zeit vollkommenen Glücks noch nicht ganz da« sei – auch nicht in Nordschleswig für die deutsche Volksgruppe. Wir erinnern in diesem Zusammenhang noch einmal an den Katalog aktueller Forderungen, die schon vorher erwähnt wurden.

Den Wunsch nach voller kultureller Gleichberechtigung erläuterte der deutsche Festredner beim »Deutschen Tag« am 2. November am Beispiel der Kommune Tingleff. Hier zahlte man für insgesamt 87.474 Entleihungen in der dänischen Bücherei ca. 1,9 Millionen Kronen aus Hausmitteln, während die 34.994 Entleihungen der deutschen Bücherei mit nicht einer einzigen Krone bezuschußt wurden. In diesem Zusammenhang scheint es auch wichtig festzuhalten, daß die deutsche Volksgruppe in der Kommune Tingleff etwa 25% der Bevölkerung ausmacht.<sup>17</sup>

Schwierigkeiten in der politischen Zusammenarbeit mit dänischen Parteien und der »Schleswigschen Partei« müssen wir auch heute noch auf kommunaler und amtskommunaler Ebene feststellen. Immer wieder zeigt sich dieses, wenn die Partei der deutschen Minderheit eine wahltechnische Zusammenarbeit in Wahlbündnissen mit anderen dänischen Parteien anstrebt. Dieses wurde im Vorfeld der anstehenden Amratswahlen am 19. November besonders deutlich, als bei den Konservativen und Venstre der Versuch, ein Wahlbündnis bestehend aus Venstre, den Konservativen und der »Schleswigschen Partei« zu bilden, bei Teilen der dänischen Parteien auf entschiedenem Widerstand stieß. Mehrere Mitglieder aus dem nördlichen Venstre-Bezirk des Amtes sollen damit gedroht haben, auf ihre Parteizugehörigkeit zu verzichten, falls es zu einem Wahlbündnis mit der deutschen Minderheit gekommen wäre. Von einem anderen Venstre-Mitglied wurde in dieser Frage erklärt, »der Apfel sei noch nicht reif«.<sup>18</sup>

Abschließend soll noch einmal des Thema »Bodenkampf« angesprochen werden. Die europäische Zusammenarbeit hat es möglich gemacht, daß deutsche Landwirte aus der Bundesrepublik Höfe in Dänemark erwerben können. Der erste Ankauf eines dänischen Bauernhofes seit 1945 in der Nähe von Tondern rief bemerkenswerte Reaktionen der dänischen Presse hervor. In einem Kopenhagener Blatt bemühte man in diesem Zusammenhang sogar das Bild des dänischen Rückzugs vom Dannewerk im Jahre 1864. So scheinen sich bis heute in der Bodenfrage noch immer die Geister im Grenzland zu scheiden. Ein langjähriges Mitglied von »Jordlovsudvalget« erklärte Ende 1981 auf einer Veranstaltung von Grenzlandhistorikern in Tondern, daß dänische und deutsche Nordschleswiger heute wohl am gleichen Strang ziehen können, wenn es um das Wohl und Wehe des Landesteiles ginge. Trotzdem müsse man sich »vor Augen halten, daß Sønderjylland und Schleswig in besonderem Maße ein Gebiet sei, wo sich zwei Kulturen mit in gewisser Hinsicht verschiedenen Gedankengängen und Wertnormen treffen.« Er schloß mit den Worten, daß »man immer vor Augen haben müsse, was die Geschichte uns lehren kann, und sich nicht in sorgloser Unbekümmertheit zur Ruhe begeben dürfe.«<sup>19</sup>

Ich schließe meine Ausführungen in der Hoffnung, daß dänische und deutsche Historiker in Zukunft weiter dazu beitragen können, Mythen und Mißverständnisse

der deutsch-dänischen Geschichte und besonders der Geschichte des schleswigschen Grenzlandes in gemeinsamen Bemühungen abzubauen. Ermutigende Ergebnisse, etwa im Rahmen der deutsch-dänischen Schulbuchkonferenzen, an denen wir für den deutsch-nordschleswigschen Bereich aktiv beteiligt waren, geben dazu durchaus Anlaß.<sup>20</sup>

#### ANMERKUNGEN:

- 1 vgl. auch Festrede von Chefredakteur und Sekretariatsleiter S. Matlok am 2.11.1985 in Tingleff. (Wortlaut der Rede in: »Der Nordschleswiger«, 9.11.1985)
- 2 vgl. dazu: A. Lessow, »Heimat in Nordschleswig« in: »Der Nordschleswiger«, 7.11.1981
- 3 Otto Kimminich, Neuere Entwicklung des Minderheiten- und Nationalitätenrechts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament. B 43/85, S. 14
- 4 V. Guttmann, Die theoretischen Grundlagen der Minderheitenfrage. Fünfkirchen 193 h, S. 7
- 5 Der Völkerbund und der Schutz der Minderheiten, (ohne Verf.) Genf 1932
- 6 H. Eibl, Vom Sinn der Gegenwart. Wien/Leipzig 1933, S. 337
- 7 UN-Dokument E/CN.4/Sub.2/L.564 vom 21.6.1972
- 8 Deutscher Schul- und Sprachverein für Nordschleswig (Hrsg.), Materialien zur Geschichte Schleswigs. Apenrade 1976, S. 66 f.
- 9 Bundesarchiv Koblenz. D 695 498 – 695 500
- 10 Schmidt-Wodder an Stresemann am 26.9.1923 – BA. D 695 495 f.
- 11 Rigsdagstidende 1920/21, Spalte 213 f.
- 12 Hopp/C. Mogensen, Ostersturm 1933. Flensburg 1983, S. 20
- 13 Die Abschnitte 3 und 4 entsprechen weitgehend meiner Darstellung in: 30 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Handreichungen zu einer Ausstellung der Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland. Apenrade/Flensburg 1985, S. 10 f.
- 14 Stellungnahme des (ehemaligen) deutschen Reichsbevollmächtigten in Dänemark, Dr. W. Best über die Stellung der deutschen Volksgruppe von 1940-1945 am 16. 12. 1947, in: Bilag til Beretning til Folketinget XIV, Bd. 2. København 1953, S. 181 f.
- 15 Materialien, a.a.O., S. 124f.
- 16 »Der Nordschleswiger«, 8.10.1985
- 17 S. Matlok, vgl. Anm. 1
- 18 »Der Nordschleswiger«, 14.9. und 18.9.1985
- 19 Eugene Ibsen (Redemanuskript) im Dezember 1981 (Übers, vom Verfasser)
- 20 Zur Geschichte und Problematik der deutsch-dänischen Beziehungen von der Wikingerzeit bis zur Gegenwart. Studien zur internationalen Schulbuchforschung. Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts. Bd. 37. Braunschweig 1984

## Die dänische Minderheit in Südschleswig und ihre deutsche Umwelt

Da wir es mit völlig offenen Begriffen zu tun haben, kann das Thema »die dänische Minderheit und ihre deutsche Umwelt« im Uferlosen verschwinden. Die »dänische Minderheit« ist, wenn man sie historisch betrachtet, keine quantitativ oder qualitativ eindeutig zu definierende Einheit: es gab die sehr große Minderheit der ersten Nachkriegsjahre, es gab und gibt von einander abweichende Zielsetzungen in der Minderheitenarbeit, und diese Unterschiede können zeitlich, geographisch oder durch die Altersunterschiede der Mitglieder der Minderheit bedingt sein. Es gab und gibt die sehr bewußten Dänen – und die weniger bewußten, man entdeckt dänischgesinnte *Südschleswiger* und auch die Randgruppe der Sympathisanten, die Aktivisten und die Mitläufer. Auf der deutschen Seite reicht die Skala ebenfalls von den Grenzkämpfern bis zu den Gleichgültigen, von den Toleranten bis zu denjenigen, die bereit sind, das dänische Kulturangebot in Südschleswig zu nutzen, und zwar auch dort, wo es über die angeblich typisch dänische Freude an gutem Essen, dem Camping in Dänemark und den Möbeln »made in Denmark« hinausgeht.

Mein historischer Abriß der Zeit nach 1945 kann nur Eindrücke von den Beziehungen zwischen der Minderheit und ihrer deutschen Umwelt vermitteln.

Doch erst gilt es noch, einige Gruppen zu kennzeichnen, denn nicht nur die Generationsunterschiede, sondern auch die Gleichzeitigkeit mehrerer Generationen und Gruppen innerhalb der Minderheit verwirrt das Bild der ersten Nachkriegszeit. Die erste Gruppe bilden die alten und jungen Menschen, die bereits vor 1945 der dänischen Minderheit in Südschleswig angehört haben. Sie gehörten nach deutscher Terminologie zur »echten« Minderheit.

Zur zweiten Gruppe zählten die vielen tausend Menschen, die ab Mai 1945 in die dänischen Organisationen, zuerst in den Schleswigschen Verein und nach September 1946 in den Südschleswigschen Verein strömten. Diese werden bis in die fünfziger Jahre hinein von den Deutschen als »unechte« Dänen bezeichnet.

Die nach 1936/37 Geborenen, die in geistig/politischer Hinsicht als Nachkriegsgeneration bezeichnet werden können, sind durch ihren Schulbesuch und durch Mitgliedschaft in dänischen Jugendorganisationen in die Minderheit hineingewachsen, und zwar meist, ohne daß von ihnen eine bewußte nationale Entscheidung getroffen werden mußte. Ihr Dänentum ist kaum jemals angefochten worden.

Auf der anderen Seite haben wir die Deutschen: sie waren selbstverständlich alle echt, zu diesen gehörten später auch diejenigen, die nach 1948 ihre Zugehörigkeit

zu den dänischen Vereinen wieder lösten. An der Echtheit ihres wiederentdeckten Deutschtums bestand natürlich kein Zweifel, denn es war ja, bis in die Zeit, in der Fr. W. Lübke Ministerpräsident von Schleswig-Holstein war, also bis etwa 1954, das nationalpolitische Ziel der Landesregierung, die dänische Minderheit auf ihren »echten« Kern zu reduzieren, aus »unechten Dänen« wieder »echte Deutsche« zu machen. Im Jargon der Nachkriegszeit könnte man herabsetzend sagen, aus »Speckdänen« machte man »Wirtschaftswunderdeutsche«.

Die Rückkehr der vielen ins deutsche Lager läßt sich allerdings auch anders deuten, und sie muß anders gedeutet werden: Ein Nationalitätenwechsel ist sehr schwer zu vollziehen. Sprache und Kultur der neuen Nationalität müssen durch einen persönlichen Einsatz angeeignet werden. Bei den 30-40.000 Menschen, die die Rückbesinnung vollzogen, ist es den dänischen Organisationen in Südschleswig nicht gelungen, die kurzfristige politische Orientierung nach Dänemark in eine langfristige kulturelle Eingliederung ins Dänentum umzuwandeln. Hinzu kam, daß die Sehnsucht der Menschen nach Demokratie, persönlicher Sicherheit für sich und ihre Kinder jetzt auch eine Zukunft in einem neuen deutschen Staat fand, während der Wunsch nach Verschiebung der deutsch-dänischen Grenze sich immer stärker als ein Trugbild entpuppte.

Das Jahr 1945 ist das Jahr des nationalen Umbruchs in Südschleswig. Deutschlands Niederlage im Mai 1945, die Kriegsfolgen und die chaotischen Zustände während der ersten Nachkriegsmonate hatten im Gebiet südlich der deutsch-dänischen Grenze für das deutsche Bewußtsein katastrophale Folgen. Die bis dahin in den höchsten Tönen verherrlichte deutsche Volksgemeinschaft brach völlig zusammen. Bis zum Spätherbst 1945 kann man von einem Vakuum sprechen, wenn man an das deutsche Nationalgefühl denkt. Die wenigen, die sich ihr Deutschtum erhalten hatten, waren für die Meinungsbildung nahezu ohne Bedeutung, es waren meist Flüchtlinge oder politisch Belastete. Beides war in den Augen der Einheimischen gleich schlimm. In diesem Zeitraum begann eine dänische – oder genauer eine dänisch-orientierte Heimatbewegung aktiv zu werden.

Ende des Krieges zählte der »Schleswigsche Verein« 2.728 Mitglieder, von denen 1.990 in Flensburg wohnten. Weitere dänische Zentren gab es damals in Jarplund, Tarup, Schleswig, Tönning, Achtrup-Ladelund und Harrislee.

Im Januar 1946 hatte der Schleswigsche Verein bereits 11.801 Mitglieder, am 1. April 1946 waren es 27.581 und im Juli desselben Jahres über 46.000.

Bundestagswahlen	Landtagswahlen	Kreistagswahlen
1949 – 75.388	1947 – 99.500	1946 – 82.100
1953 – 44.585	1950 – 71.864	1948 – 92.130
1957 – 32.262	1954 – 42.242	1951 – 65.967

1961 – 25.449	1958 – 34.136	1955 – 42.097
	1962 – 26.883	1959 – 33.460
	1967 – 23.577	1962 – 28.265
	1971 – 19.720	1966 – 24.710
	1975 – 20.703	1970 – 21.803
	1979 – 22.291	1974 – 22.367
	1983 – 21.807	1978 – 24.379
		1982 – 25.594

Abb. 1 *Stimmen des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW)*

Am 25. September 1946 wurde der »Südschleswigsche Verein« als Nachfolgeorganisation des »Schleswigschen Vereins« ins deutsche Vereinsregister eingetragen. Die Mitgliederzahlen stiegen weiter an: am 1. Oktober 1946 hatte er 56.318 Mitglieder, und am 1. Januar 1947 waren es 66.317. Der dänische Verein hatte sich also innerhalb von 1,5 Jahren fast verdreifacht. Der Kreis der Sympathisanten war aber noch weit größer. Im Oktober 1946 fanden Kommunalwahlen statt. Etwa 80.000 Wahlberechtigte gaben ihre Stimme dänischgesinnten Kandidaten. Und bei der ersten Landtagswahl am 20. April 1947 erhielt der SSW über 99.500 Stimmen, d. h. etwa 55% der einheimischen Bevölkerung wählten eine Partei, die ihre separatistische Zielsetzung, Schleswigs verwaltungsmäßige Trennung von Holstein und spätere Eingliederung in Dänemark, offen bekannte.

Diese Zahlen sind eindeutig, aber die Motive der fast einhunderttausend Menschen, die Deutschland den Rücken kehrten, wurden und werden sicherlich unterschiedlich gesehen und gewertet.

Zunächst muß hervorgehoben werden, daß die erste dänische Nachkriegsregierung bereits am 9. Mai 1945 erklärt hatte, »at Danmarks grænse ligger fast«, doch in Südschleswig überhörte man diese eindeutige Aussage. Man klammerte sich an den ersten Satz der Regierungserklärung, in dem steht, daß die Regierung am Grundsatz des nationalen Selbstbestimmungsrechts festhalten wolle. Ganz sicher haben die Verfasser der Regierungserklärung dabei an die Entscheidung von 1920 gedacht. Man konnte Anfang Mai 1945 nicht mit der gewaltigen dänischen Welle rechnen, die im Laufe der folgenden Monate und Jahre Südschleswig überrollen sollte. – Und die Südschleswiger legten in den Satz der Regierungserklärung, nach dem die Lage der dänischen Minderheit südlich der Grenze – wie auch die Lage der deutschen Minderheit in Dänemark neu überdacht werden sollten, mehr hinein, als er enthielt. »Eine Lage überdenken« kann nicht mit dem Versprechen einer Grenzveränderung gleichgesetzt werden. Betrachten wir uns diesen Aufbruch der Südschleswiger ins Dänentum näher. Zuerst möchte ich die These vieler nationaler dänischer Kreise südlich und

nördlich der Grenze verwerfen, nach der es sich damals um das Erwachen eines Dänentums gehandelt haben soll, das die preußische und nationalsozialistische Zeit überwintert hat, daß es sich also um ein nationales Frühlingserwachen gehandelt haben soll. Ich meine dagegen, daß wir es im Sommer 1945 in erster Linie mit einer politischen und erst in zweiter Linie vielleicht mit einer nationalpolitischen Entscheidung verzweifelter Menschen in einer ausweglos erscheinenden Situation zu tun haben.

In Resolutionen und Petitionen, die im Sommer 1945 verfaßt wurden, wird historisch argumentiert, man verweist auf die uralte Zugehörigkeit Schlesiens zu Dänemark, man argumentiert politisch, indem Freiheit und Demokratie des Nordens als erstrebenswerte Ziele der erlebten Unfreiheit in Preußen und dem Dritten Reich gegenübergestellt werden, und es wird biologisch argumentiert, indem man die »Stammesverwandtschaft« der Südschleswiger mit den Dänen betont. In einer Petition aus dem September 1945 heißt es sogar, daß die Flut der Fremden aus dem Osten das nordische Volkstum Südschlesiens auszulöschen drohe. Dieses rassistische Argument erinnert peinlich an die Gedankenwelt von vor 1945.

Für unseren Zusammenhang ist von Interesse, daß einige dieser Petitionen auch von Personen unterschrieben worden sind, die sich Ende 1945 nicht mehr für eine eigenständige oder sogar dänische Entwicklung Schlesiens einsetzten.

Die Resolutionen und Petitionen aus dem Sommer 1945 zeigen den Zusammenbruch der deutschen Umwelt sehr deutlich. Deutschlands Niederlage war so vollständig, die politische, nationale und geistige Katastrophe so tiefgreifend, daß viele, viele Südschleswiger keine deutsche Zukunft mehr sahen – und viele fürchteten sogar eine russische Besetzung ihrer Heimat. In dieser Situation übernahmen immer mehr Südschleswiger Vorstellungen und Wünsche der dänischen Minderheit. Sie wählten eine Zukunft innerhalb eines demokratischen, friedfertigen und kultivierten Staates, der sie wahrscheinlich auch noch aus allen materiellen Nöten der Gegenwart befreien werde. Zugleich hoffte man, der »Überfremdung« der Heimat durch die Flüchtlinge entgegen zu können. – Man dachte sicherlich, künftig als »Schleswiger« im dänischen Staatsverband leben zu können. Verklärte Gesamtstaatsvorstellungen aus der vernationalen Zeit spielten hier bestimmt eine große Rolle, denn ein von allen nationalen Spannungen befreites Schleswig sollte zur Brücke zwischen dem Norden und dem Süden werden.

Einzelne aktive, aber sehr kleine Gruppen regten die Petitionen an, sammelten bis zu 10.000 Unterschriften allein in Flensburg. Dennoch muß man wissen, daß die breite Bevölkerung in den ersten Monaten nach dem Krieg politisch äußerst zurückhaltend war, man wollte einfach nichts mehr mit der Politik zu tun haben, man war froh, dem Krieg heil entronnen zu sein. Die materielle Not war so groß,

daß ihre Bewältigung den Einsatz aller Kräfte erforderte. Die wenigen politisch aktiven Männer, die es damals gab, orientierten sich überwiegend gen Norden – und wurden eifrig von den führenden Männern der »alten« Minderheit unterstützt, denn die sahen nun eine Möglichkeit, vielleicht Südschleswigs »Wiedervereinigung« mit Dänemark zu erreichen. Die Gunst der Stunde mußte genutzt werden.

Dieser gewaltige Aufbruch ins Dänentum ist neben Bildern von Not, Elend und Verzweiflung der alles überschattende Eindruck, den man erhält, wenn man auf die ersten Nachkriegsjahre in Südschleswig zurückblickt. Wir haben damit aber noch nicht das ganze Bild erfaßt. Obwohl die britische Besatzungsmacht erst im Herbst 1945 die vorbereitende, organisatorische Arbeit für die Bildung von Parteien gestattete, hat sie die ersten Aktivitäten einzelner Gruppen, die die politischen Fäden von vor 1933 wieder aufzunehmen suchten, schon lange vor dem Herbst 1945 geduldet. Einzelne Sozialdemokraten, Gewerkschaftler und Kommunisten fanden bereits im April 1945 zusammen, um eine neue politische Zukunft, vielleicht sogar eine gemeinsame, für ihre Parteien vorzubereiten. Die Verhandlungen, die zur Gemeinsamkeit führen sollten, zerschlugen sich in den ersten Friedensmonaten. Das Bekenntnis zu Deutschland, das die Führung der Kommunisten und einzelne Sozialdemokraten verkündeten, ließ sich schon im Sommer 1945 nicht bei den Mitgliedern durchsetzen. Die leitenden Sozialdemokraten in Flensburg vertraten nahezu geschlossen die prodänische Linie. In der Stadt Schleswig hatte die Mehrzahl des Vorstandes und der einheimischen Mitglieder ebenfalls einen prodänischen Standpunkt eingenommen – oder wollte die nationale Entscheidung als eine persönliche Entscheidung gewertet wissen, die außerhalb sozialdemokratischer Parteipolitik lag.

Im Rahmen dieses keimenden politischen Lebens erwachte der deutsche Selbstbehauptungswille. Wenn auch der Flensburger Sozialdemokrat Dr. Richard Schenck hier einen entscheidenden Einsatz geleistet hat, so muß man doch hervorheben, daß die deutsche Gegenwehr in erster Linie aus dem »Süden« kam, nämlich vom provisorischen Bezirksvorstand der SPD in Kiel, der sich in einem Aktionsprogramm vom Juli-August 1945 entschieden gegen die Haltung der Flensburger Genossen wandte. Der Bezirksvorstand betonte, daß das Deutsche Reich als staatliches und nationales Ganzes erhalten bleiben müsse, und daß die Sozialdemokraten die »Todfeinde« aller Ablösungsbestrebungen seien. In einem Schreiben vom Ende August 1945 erklärte der Bezirksvorstand, daß die Grenze von 1920 festläge, er beklagte die separatistischen Umtriebe in Schleswig und bedauerte ganz besonders, »daß die volksverräterischen und parteischädigenden Bestrebungen auch in sozialdemokratischen Kreisen Eingang gefunden« hätten. Der Widerstand der Kieler Parteiführung gegen die neutrale und die prodänische Haltung innerhalb der Flensburger SPD führte am 7. Juli 1946 zum Ausschluß des

Flensburger Ortsvereins aus der SPD durch Dr. Kurt Schumacher und zur Bildung der Sozialdemokratischen Partei Flensburg. Ich zitiere aus Schumachers Husumer Rede: »Wir respektieren jeden Dänen, wir respektieren jeden Deutschen, aber wir haben keinen Respekt vor den Speckdänen deutschen Geblüts.«

»Volksverräter«, »Speckdänen« oder »unechte Dänen« wurden damals die Standardbezeichnungen für diejenigen, die nach Ansicht der schleswig-holsteinischen Landeskirche »von deutscher Art waren« und ihrer deutschen Art hätten treu bleiben sollen, denn wenn Gott jemanden als Deutschen geschaffen hatte, dann hatte er damit auch dessen Schicksal bestimmt. Der Segen ruht nur auf den Treuen. (September 1949).

Das oberste Ziel der britischen Besatzungsmacht war, die Deutschen umzuerziehen, sie zu Demokraten zu erziehen. Ein wichtiges Mittel der politischen Meinungsbildung sind die Zeitungen. Sie wurden im März und April 1946, nach fast einjährigem Dasein als Blätter der Militärregierung, deutschen Lizenzträgern übertragen. Für die Entwicklung im Grenzland erhielt das überparteiliche »Flensburger Tageblatt«, das Anfang April 1946 seine Tätigkeit aufnahm, eine entscheidende Bedeutung. Vom Sommer desselben Jahres an vertrat es, von britischen Offizieren dazu aufgefordert, einen ausgeprägt deutsch-schleswig-holsteinischen Standpunkt. Das Flensburger Tageblatt konnte Mitte Juni 1946 mitteilen, daß der seit Ende Februar desselben Jahres bestehende schleswig-holsteinische Landtag eine vorläufige Verfassung für das Land Schleswig-Holstein angenommen hatte, und daß damit ein Meilenstein auf dem Weg zu einem neuen Deutschland erreicht worden sei. Der Tenor dieses Artikels ist: »Schleswig-Holstein ist deutsch«. Die 1920 gezogene Grenze gilt auch in der Zukunft. Die echte dänische Minderheit wird jeden Minderheitenschutz genießen. Aber diejenigen deutschen Volksangehörigen, die aufgrund der derzeitigen Lage von Deutschland fort wollen, werden wir nie als echte dänische Minderheit ansehen. Was sie treiben, ist Separatismus.

Ab Sommer 1946 formierte sich eine breite deutsche Front gegen die Abtrünnigen, gegen die »unechten Dänen«. Eine ganze Reihe schleswig-holsteinischer Verbände und Organisationen entstand. Der Wahlkampf vor den Kommunalwahlen im Oktober 1946 und dann vor der ersten Landtagswahl im April 1947 zeigt, daß sich das Erwachen des deutschen Bewußtseins nicht auf die Parteispitzen, das Landesparlament und die neue Presse beschränkte. An den Abenden der Wahltage 1946, 1947 und 1948 drängten sich in der dänischen Hochburg, in Flensburg, die Menschenmassen durch die Straßen der Stadt. Trotz Fahnenverbots zeigte die dänische Seite den Dannebrog und die beiden blauen Löwen auf dem gelben Grund, die Deutschen zeigten das blau-weiß-rot der Schleswig-Holsteiner. Mit dem melodischen »Jeg elsker de grønne lunde«

versuchten die Dänischgesinnten das taktfestere »Schleswig-Holstein, meerumschlungen, deutscher Sitte hohe Wacht« zu übertönen. Die nationalen Kämpfe arteten jedoch nie zu Schlägereien aus. Verglichen mit den Grenzkämpfen anderer Regionen waren es trotz allem friedliche Auseinandersetzungen.

Doch darf man diese Zeit nicht nur einseitig politisch sehen. Es wird viel zu oft vergessen, daß die Jahre nach 1946 – bis zur materiellen Sättigung nach der Währungsreform vom Juni 1948 – eine Zeit des geistigen Umbruchs waren. Moderne, d. h. vor allem die in den zwanziger Jahren modern gewesene Malerei, Musik und Literatur hielten ihren Einzug, wurden von einer neuen Generation wiederentdeckt. Vorträge, kulturelle Veranstaltungen und Kunstausstellungen erhielten einen Zulauf wie nie zuvor – und auch später kaum wieder. Nach zwölf Jahren der geistigen Gleichschaltung mußte ein ungeheurer Nachholbedarf gedeckt werden.

Heute nahezu vergessen ist der Einsatz der dänischen Lehrer. In ganz Südschleswig wurden stark besuchte Dänischkurse abgehalten, Vorträge über die dänische Geschichte Schlesiws, über dänische Literatur und das dänische Geistesleben, wie auch dänische Theater- und Ballettabende hatten Hochsaison. In diesen Jahren vollzog sich wirklich eine geistige Erneuerung, die nicht nur das deutsche Bewußtsein – vor allem der jüngeren Generation – veränderte, sondern auch den Neudänen des Einleben in die dänische Sprache und Kultur ermöglichte. Und die Annahme der dänischen Kultur war erforderlich, wenn der politisch motivierte Gesinnungswechsel Bestand haben sollte.

Über die Zukunft des Landes entschied die politische Entwicklung. Am 23. August 1946 wurde das Land Schleswig-Holstein gebildet. Eine deutsche demokratische Zukunft begann sich abzuzeichnen. Für viele dänischgesinnte Südschleswiger kam die Ernüchterung am 19. Oktober 1946, als die dänische Regierung in ihrer Antwortnote an die britische Regierung eindeutig jede augenblickliche Grenzregulierung ablehnte.

Die sozialdemokratische Landesregierung erklärte am 8. Mai 1947, daß sie auch weiterhin das deutsche Volkstum und die deutsche Gebietshoheit gegen die separatistischen Bestrebungen im Norden des Landes verteidigen wolle. Sie erkannte die 1920 gezogene deutsche Nordgrenze als gerecht und endgültig an. Und dann wörtlich: »Sie bejaht das Recht der dänischen Volksgruppe auf freie kulturelle Entwicklung unter der Bedingung, daß gleiche Rechte der deutschen Volksgruppe in Dänemark eingeräumt werden. Den deutsch sprechenden und bisher deutsch gesinnten Separatisten aber bestreitet die Landesregierung das Recht, ihrem Volk in der Stunde der Not den Rücken zu kehren.«

Das Prinzip der Gegenseitigkeit hatte bereits in der Zeit der Weimarer Republik eine große Rolle gespielt. Schon damals sollte die Minderheitenpolitik, die doch

eine reine innenpolitische Angelegenheit ist, zu einem Instrument der deutschen Außenpolitik gemacht werden.

Bei der Verteidigung gegen »die Separatisten« entwickelte die Landesregierung ein ausgeklügeltes System einer Nadelstichpolitik, die an preußische Zeiten erinnerte: die Umschulung der Kinder dänischgesinnter Eltern von der deutschen in die dänische Schule wurde verboten oder stark verzögert. Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die ihre dänische Einstellung zeigten, wurden entlassen oder nach Holstein versetzt. Die politische Vergangenheit einzelner Mitglieder des Südschleswigschen Vereins wurde untersucht, da man hoffte, das Ansehen des Vereins bei den Briten untergraben zu können, wenn man nachweisen konnte, daß der SSF gegen Bestimmungen der Militärregierung verstoßen hatte. Heute sehen wir, daß es sich damals um das letzte Aufflackern einer aggressiven Politik der Sozialdemokraten gegenüber der dänischen Minderheit gehandelt hat. Denn Ende des Sommers 1947 wechselte die SPD-Landesregierung, vielleicht unter dem sanften Druck der Briten, zu einer gemäßigten Politik über.

Der entscheidende Anstoß zur ersten friedlichen Regelung in Schleswig kam aber von außen. Die britische Regierung zeigte im Oktober 1948 den Weg auf, der zu einer Lösung des nationalen Gegensatzes führen konnte: direkte Verhandlungen zwischen der Landesregierung und der Minderheitenführung. Diese Verhandlungen begannen im März 1949. Ihr Ergebnis war die »Kieler Erklärung« vom 26. September 1949. Sie bestätigte vor allem die Grundrechte, die jedem Bürger der Bundesrepublik Deutschland durch das »Grundgesetz« vom 23. Mai 1949 zugesichert worden waren. Von entscheidender Bedeutung für die Minderheit ist der Absatz II der »Erklärung«, denn er enthält den Satz: »Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.« In einer Präambel wird die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Dänemark dieselben Rechte und Freiheiten einräumen und garantieren wird. – Damit hatte man in diese einseitige Willens- und Absichtserklärung der Landesregierung das »Gegenseitigkeitsprinzip« eingebracht. – Es sollte bis 1955 bei allen Verhandlungen mit der Minderheit und mit der dänischen Regierung eine Rolle spielen – und nach 1955 tauchte es immer wieder auf, wenn die Kreistage und Kommunalvertretungen über Zuschüsse für die kulturelle und soziale Arbeit der dänischen Minderheit verhandelten.

Die Führung der Minderheit erklärte im September 1949, daß jetzt das Recht eines jeden Südschleswigers, sich zur Minderheit zu bekennen, endlich offiziell bestätigt worden sei, und daß die Landesbehörden das Recht der Südschleswiger anerkannt hätten, für Südschleswigs »folkelige fremtid« zu arbeiten, was wohl bedeuten sollte: für Südschleswigs dänische Zukunft zu wirken.

Aus der scharfen Konfrontation deutsch-dänisch nach 1946 schien 1949 zumindest eine Duldung des Dänentums in Schleswig geworden zu sein.

Die Kreistagswahl vom 24. Oktober 1948 hatte den ersten Rückgang der bis dahin lawinenartig anwachsenden dänischen Wählerstimmen gebracht, und die Bundestagswahl vom August 1949 bestätigte die rückläufige Tendenz der dänischen Wählerzahlen. Innerhalb von zwei Jahren hatte die dänische Partei mit über 24.000 Stimmen etwa ein Viertel ihrer Wähler eingebüßt. Die schleswig-holsteinische SPD meinte deshalb, daß die Zeit des Grenzkampfes vorüber sei, da von den dänischorientierten Südschleswigern keine Gefahr mehr für die nördliche Grenze der Bundesrepublik ausginge. – Diese Ansicht sollte sich in den kommenden Jahren als richtig erweisen.

Für viele dänischorientierte Südschleswiger war die Ernüchterung am 19. Oktober 1946 gekommen, als die dänische Regierung in ihrer Antwortnote an die britische Regierung eindeutig jede augenblickliche Grenzregulierung ablehnte.

Die deutsche Katastrophe, die negativen Erfahrungen mit dem Dritten Reich, das Fehlen einer deutschen Zukunft, sowie die Hoffnung auf Demokratie, Freiheit und eine gesicherte Zukunft – auch in materieller Hinsicht, hatten nach 1945 etwa die Hälfte der einheimischen Bevölkerung Südschlewigs in die dänischen Reihen geführt. Schon im August 1946 war das Land Schleswig-Holstein gebildet worden. Eine neue deutsche, demokratische Zukunft begann sich abzuzeichnen. Seit dem Mai 1949 gab es die Bundesrepublik Deutschland – und damit hatte die freiheitliche Staatsform feste Gestalt angenommen. Auf der anderen Seite gewann die Einsicht, daß eine Revision der Grenze außerhalb der politischen Möglichkeit lag, immer stärker an Raum. Die Mitgliedschaft im Südschleswigschen Verein wurde so immer weniger zu einer grenzpolitischen Frage, sie hing in stärker werdendem Grade davon ab, ob der einzelne dänischorientierte Südschleswiger auch in die Minderheit hineinwuchs, ob er in den dänischen Organisationen und Institutionen sein kulturelles Zuhause fand, und/oder ob er durch persönliche Erfahrungen oder vielleicht auch durch familiäre Verbindungen mit Dänemark verknüpft wurde. Wesentlich war, ob die politische Entscheidung der ersten Nachkriegsjahre auch zu einer kulturellen und damit zu einer nationalen Entscheidung geworden war. Diejenigen, die sich in die dänische Sprache und Kultur eingelebt hatten – oder auf dem Wege zu ihr waren, lehnten auch weiterhin die Rückbesinnung auf das Deutschtum ab.

In der »Kieler Erklärung« war, dank der CDU, von den Rechten der »Dänischen Minderheit« die Rede, und nicht von den Rechten der »dänischgesinnten Südschleswiger«. Mit dieser Formulierungskunst hatte man sich die Möglichkeit offen gehalten, auch weiterhin zwischen »echten« und »unechten« dänischen Südschleswigern unterscheiden zu dürfen. Und der sozialdemokratische Ministerpräsident von Schleswig-Holstein erklärte dann auch im Mai 1950,

nachdem er hervorgehoben hatte, daß die »Durchführung einer Befriedungspolitik im Grenzgebiet« erreicht worden sei: »Der Prozeß der Zurückgewinnung der Deutschen und die Rückwandlung der dänischen Bewegung in eine echte Minderheit ist eingeleitet.« Diese Haltung verminderte den Wert des »Freiheitsbriefes« vom September 1949 beträchtlich. Die folgenden Jahre, und besonders nachdem im September 1950 eine bürgerliche Koalition unter einem CDU-Ministerpräsidenten die Sozialdemokraten in der Regierungsverantwortung in Kiel abgelöst hatte, zeigten dann auch, daß der Kampf um die Rückgewinnung der »unechten« Dänen keineswegs abgeschlossen war.

Das Gespenst von der dänischen »Kulturoffensive«, die es mit allen Kräften abzuwehren galt, wurde erneut an die Wand gemalt. Ministerpräsident Bartram behauptete, daß deutsche Kinder durch den Besuch dänischer Schulen aus ihrer deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft herausgerissen würden. Die Bundesregierung beklagte im November 1950 die Einseitigkeit der »Kieler Erklärung«, durch sie werde die Lage der deutschen Minderheit auf dänischem Gebiet außer acht gelassen. Nur eine Vereinbarung der deutschen und dänischen Regierung könne hier eine dauerhafte Lösung bringen.

Die Haltung der Landesregierung verschärfte sich, als Friedrich Wilhelm Lübke im Juni 1951 Ministerpräsident wurde. In den drei Jahren seiner Regierungszeit lebte die aggressive Minderheitenpolitik der Zeit vor 1949 wieder auf. Darüber hinaus versuchte er durch Rechtsgutachten die rechtliche Bedeutungslosigkeit der »Kieler Erklärung« nachweisen zu lassen. Auch er wünschte eine Minderheitenvereinbarung zwischen der Bundesregierung und Dänemark auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Durch ein neues Wahlgesetz für Schleswig-Holstein suchte er die Vertreter der Minderheit aus dem Schleswig-Holsteinischen Landtag zu drängen.

Bei der Landtagswahl von 1950 hatte der Südschleswigsche Wählerverband, der seit Juni 1949 die politische Organisation der Minderheit war, mit 71.414 Wählerstimmen, das waren 5,5% aller in Schleswig-Holstein abgegebenen Stimmen, 4 Sitze im Landesparlament erzielt. Im Oktober 1951 erhöhte die Landesregierung durch ein neues Wahlgesetz die bis dahin geltende Sperrklausel von 5 % auf 7,5%. Anträge des SSWs und der SPD, für die nationale Minderheit eine Sonderregelung zu finden, wurden von den Regierungsparteien abgelehnt. Der SSW klagte beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und gewann den Prozeß im April 1952. Im Oktober 1952 wurde die alte Sperregel von 5% wieder eingeführt. Aber Lübke hatte sein politisches Ziel erreicht, er hatte verzögert und immer wieder verzögert und viele Wähler des SSWs verunsichert. Bei der Landtagswahl vom 12. September 1954 erhielt der SSW 42.242 Stimmen – aber keinen Sitz im Parlament, denn mit 3,5 % aller schleswig-holsteinischen Stimmen scheiterte der SSW an der Sperrklausel und daran, daß er kein Direktmandat

gewonnen hatte.

Drei Hauptprobleme schälten sich in diesen Tagen immer stärker heraus: 1. die Wertlosigkeit der »Kieler Erklärung«, 2. das Gegenseitigkeitsprinzip und 3. die Vertretung der etwa 40.000 Dänischgesinnten im Landesparlament. Diese Streitfragen wurden im März 1955 durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen bereinigt. Den Anstoß zu den Verhandlungen gab der Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO, er kam also wiederum von außen.

Der konkrete Inhalt dieser beiden einseitigen aber parallelen Erklärungen bringt eigentlich nichts Neues, denn beide Regierungen bestätigen – wortreich –, daß die durch die Grundgesetze beider Staaten garantierten bürgerlichen Grundrechte auch für die Mitglieder der Minderheiten gelten. Ferner wird – wie schon in der Kieler Erklärung – festgestellt, daß das Bekenntnis zur Minderheit frei ist und von Amts wegen nicht bestritten und nachgeprüft werden darf, und daß das besondere Interesse der Minderheiten, ihre religiösen, kulturellen und fachlichen Verbindungen mit ihren Mutterländern zu pflegen, anerkannt wird.

Anzumerken ist hier, daß politische Verbindungen *nicht* genannt werden.

Die deutsche Seite erreichte, daß Dänemark dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO zustimmte, daß der Hauch der Einseitigkeit, der der Kieler Erklärung angehaftet hatte, durch eine gewisse Gegenseitigkeit ersetzt wurde, und daß endlich auf oberster Ebene verhandelt worden war.

Dänemark erreichte, daß kein bilateraler Vertrag abgeschlossen wurde, und daß damit das zur Außenpolitik gehörende Gegenseitigkeitsprinzip außer Kurs gesetzt wurde. Ab jetzt war es ganz eindeutig: die Minderheitsfrage ist grundsätzlich eine Frage der Innenpolitik, sie berührt nur das Verhältnis der Bürger zu ihrem eigenen Staat.

Ferner kann man in diesen Erklärungen ein Symbol des Vertrauens sehen: beide Staaten sprachen sich gegenseitig das Vertrauen aus, daß der andere seiner nationalen Minderheit freisinnige, demokratische Gesetzesregelungen gewähren werde. Entscheidender als der sachliche Gehalt der »Bonner Erklärung« ist ihre politische Wirkung. Bereits im April 1955 befreite die Landesregierung die dänische Minderheit von der 5%-Klausel. Die Lübke-Regierung hatte die Zuschüsse für die dänischen Privatschulen von 80% auf 50% der Durchschnittskosten eines deutschen Schülers gesenkt, unter v. Hassel wurden die Zuschüsse wieder auf 80% angehoben. Er leitete damit eine Entwicklung ein, die 1985, also 30 Jahre später unter Dr. Barschel, dazu führte, daß die Zuschüsse auf 100% der Durchschnittskosten eines deutschen Schülers erhöht wurden – und damit etwa 60% der tatsächlichen Kosten der dänischen Privatschulen decken. Die weiterführenden dänischen Schulen erhielten, nachdem sie ihre Lehrpläne den deutschen angeglichen hatten, das Examensrecht.

Jahr	Schulen	Schüler	Kindergärten	Kinder
1945	9	436	5	76
1950	80	13.239	13	446
1955	89	7.722	30	924
1960	82	4.633	34	969
1965	74	4.048	45	1.326
1970	65	4.792	56	1.961
1975	58	6.267	62	1.998
1980	56	6.284	63	1.726
1981	54	6.154	63	1.742
1982	55	6.033	63	1.678
1983	55	5.861	63	1.700
1984	54	5.648	63	1.504
1985	54	5.417	63	1.766

Abb. 3 Die Entwicklung der dänischen Schulen und Kindergärten von 1945 bis 1985

Man mag das für wichtige Schritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung der Minderheit mit der Mehrheitsbevölkerung halten. Diese Rechte konnten gegeben werden, weil auch die CDU einsehen mußte, daß der Grenzkampf einem für sie siegreichen Ende entgegenging. Die Wahlergebnisse sprechen hier eine deutliche Sprache (Abb. 1). 1955 konnte der SSW noch etwas über 42.000 Stimmen erringen, drei Jahre später waren es dann ungefähr 33.500. In den sechziger Jahren sanken diese Zahlen auf rund 23.500. Bei der Landtagswahl von 1971 erreichten die SSW-Stimmen mit 19.720 ihren Tiefstand. Seitdem haben sie sich bei knapp 22.000, d. h. bei einem Stimmenanteil von 6% im Landesteil Schleswig, eingependelt. Die Kreistagswahl von 1982 ergab für den SSW 25.594 Stimmen. Der »Südschleswigsche Verein«, die kulturelle Organisation der Minderheit, zählt heute etwa 20.000 Mitglieder. Das sei genug zur statistischen Erfassung der heutigen Minderheit.

Das Verhältnis der Minderheit zur deutschen Umwelt und das der deutschen Schleswiger zu den dänischen Südschleswigern hat sich in den letzten dreißig Jahren entscheidend gewandelt. So wie der Grenzkampf von einem mehr oder weniger freundlichen Nebeneinander abgelöst wurde, so entwickelt sich heute, neben der Betonung der kulturellen Eigenständigkeit, immer stärker die Bereitschaft zu einem aktiven Miteinander.

Bereits kurz nach 1950 betrat eine neue Generation die publizistische Bühne der Minderheit. Diese kleine Gruppe sogenannter Intellektueller hatte erkannt, daß die »Wiedervereinigung« Südschleswigs mit Dänemark in eine weite Ferne gerückt –

wenn nicht sogar völlig aus dem Bereich des politisch Machbaren entwichen war. Die Konsequenzen aus dieser Situation mußte der Verzicht auf jede Propagierung der Grenzverschiebung sein, denn, so wurde betont, die Staatsgrenze habe überhaupt keinen Einfluß auf die kulturelle und volkliche Zugehörigkeit der Minderheit zu Dänemark. Im Gegenteil: der Wert jeder dänischen Arbeit in Südschleswig bestünde gerade in der Verbindung mit Dänemark und dem Dänischen trotz der Grenze. Die politische Wiedervereinigungsthese der älteren Generation wurde umgedacht in eine persönliche kulturelle »Wiedervereinigung« des einzelnen Südschleswigers mit dem Dänischen. Im Grenzland politisch zu denken hieß nach dieser Auffassung, kulturpolitisch zu denken.

Diese Gedanken waren jedoch nicht einseitig auf die dänische Kultur bezogen. Denn die intensive dänische Kulturarbeit sollte keineswegs zu einer alleinigen Verwurzelung der Südschleswiger im Dänischen führen, sie sollte dem ganzen Grenzland neue geistige Kräfte zuführen, indem sie den dänischen Südschleswiger zu einem gebenden und nehmenden Zusammenleben mit dem deutschen Schleswiger befähigte. Das Grenzland sollte »Front und Brücke« zugleich werden, die dänische Kultur sollte hier in einen Deutsche und Dänen bereichernden friedlichen Wettkampf mit der deutschen Kultur treten.

Diese Gedanken waren um 1950 revolutionär. Sie trafen damals vor allem in deutschen sozialdemokratischen Kreisen auf positiven Widerhall. Es entwickelte sich in den folgenden Jahren, besonders mit den Männern, die ab Februar 1953 die Grenzfriedenshefte herausgaben, ein vieljähriger, nicht immer von Gegensätzen freier aber offener und anregender Gedankenaustausch.

Und wenn wir heute so viel von der gegenseitigen Bereicherung der beiden Kulturen im Grenzland sprechen und auch versuchen, dieses Ideal zu verwirklichen, dann dürfen wir nicht vergessen, daß dies doch eine relativ junge Form der Begegnung ist.

Es ist heute kaum zu übersehen, die 6% dänischer Wählerstimmen in Schleswig zeigen es überdeutlich, daß die deutsche Umwelt, wie sie sich in der Sprache des Alltags, der Medien, des kulturellen und des politischen Lebens präsentiert, überwältigend wirken könnte. Das Dänentum muß sich seiner bewußt sein, um bestehen zu können. Auf der anderen Seite wollen wir als Bürger des Landes Schleswig-Holstein und der Bundesrepublik Deutschland verantwortlich an der Gestaltung des politischen Lebens teilnehmen.

Die heutige jüngere Generation der Minderheit drängt danach, in stärkerem Maße als es früher geschehen ist, gesellschaftspolitische Fragen aufzunehmen und an der Parteipolitik teilzunehmen, ohne den kulturellen Einsatz zu vernachlässigen. Aber sie will weniger »reichsdänisch« sein und ein ausgeprägteres südschleswigsches Dänentum entwickeln, das den Bedingungen des deutsch-dänischen Grenzlands besser entspricht. Ihre, modern ausgedrückt,

Theoriebildung ist noch nicht ausformuliert.

Auch die deutsche Umwelt hat sich verändert, sogar entscheidend geändert. Vor allem ist sie demokratisch geworden, und sie beginnt, sich stärker für das dänische Kulturangebot zu interessieren. Die Sprachbarriere setzt hier allerdings relativ enge Grenzen. Doch Dänisch ist bei vielen »in«. Die Erforschung der Landesgeschichte erlebt im Grenzland eine Hochkonjunktur. Die Ergebnisse der Gegenseite werden kritisch verfolgt und auch gemeinsam diskutiert. Wo es möglich ist, trifft man sich zur Zusammenarbeit, dann aber auf deutsch.

Wesentlich ist auch, daß auch die führenden Politiker der CDU eine neue Haltung gewonnen haben. Sie haben gelernt, in der Minderheit den Vermittler der dänischen Kultur in Schleswig zu sehen und die Minderheit als eine Bereicherung der kulturellen, sozialen und politischen Landschaft nicht nur im Landesteil Schleswig, sondern in Schleswig-Holstein überhaupt zu betrachten.

Es gibt also viele Anzeichen, die die gegenseitige Bereitschaft zum Verstehenwollen belegen. In weiten Bereichen herrscht sowohl auf dänischer als auch auf deutscher Seite ein entspanntes Verhältnis zum anderen. Das verspricht eine gegenseitige Herausforderung zur kulturellen Leistung und eine gegenseitige Bereicherung. Der deutsch/dänische Wettstreit verhindert, daß Südschleswig/Schleswig zu einer finsternen Provinz der Kulturlosigkeit absinkt.

### Kommunalwahlen in Dänemark

Im folgenden zitieren wir Ausschnitte aus dem Bericht im »Nordschleswiger« vom 21.11.1985 über das Abschneiden der Schleswigschen Partei, der politischen Vertretung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig.

Der Kommentar: »Nerv getroffen« von Chefredakteur Siegfried Matlok entstammt derselben Ausgabe.

### Zwei neue Mandate – aber insgesamt doch schlechtes Ergebnis

Die Schleswigsche Partei hat bei der Kommunal- und Amtratswahl am Dienstag zwei Mandate gewonnen. Die zusätzlichen Mandate wurden durch Wahlbündnisse erreicht; in Lundtoft kam Landwirt Johann Friedrichsen durch ein Wahlbündnis mit der Fortschrittspartei neu in den Kommunalrat, und in Tondern holte die Schleswigsche Partei durch ein Wahlbündnis mit der Radikalen Venstre noch ein drittes Mandat. Insgesamt ging die Schleswigsche Partei aber bei der Kommunalwahl von 5.859 auf 5.315 Stimmen zurück – also ein Minus von 544 Stimmen bzw. neun Prozent. Bei der Amtratswahl ging die Stimmenzahl der Schleswigschen Partei um 690 Stimmen auf 5.595 zurück – dies entspricht sogar elf Prozent! Diese Wahl-Analyse stützt sich nur auf die vorläufigen Endzahlen, so daß es bei der Feinzählung noch Korrekturen geben kann. Die stärkste Vertretung hat die Schleswigsche Partei unverändert mit vier Mandaten in Tingleff, wo sie mit einem Wähleranteil von 20,8 Prozent allerdings als größte Partei nun sowohl von der Bürgermeister-Partei als auch von der Sozialdemokratie überholt worden ist, die nun Platz eins einnimmt. Der Rückgang der Liste S in Tingleff betrug 108 Stimmen bzw. neun Prozent.

Die zweitstärkste Vertretung der Schleswigschen Partei ist jetzt wieder in Tondern mit drei Mandaten. Hier wurde die Stimmenzahl mit 765 gegenüber 776 vor vier Jahren fast gehalten. Die Radikalen, Partner des Wahlbündnisses, kamen nur auf 226 Stimmen und gingen dadurch leer aus.

In Gravenstein konnte die Schleswigsche Partei ihre Stimmen um sieben auf 305 erhöhen, und Gerhard Schmidt verteidigte erfolgreich sein Mandat.

Apenrade brachte das mit Abstand schlechteste kommunale Ergebnis! Mit 706 Stimmen sank die Stimmenzahl der Liste S um 199 – das sind 22 Prozent! Es gelang ihr, das bisherige Stadtratsmandat zu behaupten, aber die Hoffnung, durch das Wahlbündnis mit Z ein zweites Mandat zu erzielen, zerbrach. Z bekam nur 224 Stimmen gegenüber 912 im Jahre 1981.

In Sonderburg konnte die Schleswigsche Partei ihr Kommunalergebnis um zwölf

auf 612 verbessern, doch Spitzenkandidat Carsten Kromand fehlten diesmal 28 Stimmen zum Einzug in den Stadtrat.

In Hadersleben hatte die Schleswigsche Partei eine schlechte Wahl: die Stimmzahl ging um 119 auf 454 zurück – ein Minus von 21 Prozent, nachdem die Schleswigsche Partei bereits bei der letzten Wahl einen kräftigen Rückgang zu verzeichnen hatte.

### Übersicht Schleswigsche Partei

	Kommune	Amtsrat
Augustenburg	—	60
Bau	232	222
Bredebro	—	25
Broacker	—	81
Christiansfeld	—	20
Gramm	—	3
Gravenstein	305	188
Hadersleben	454	464
Hoyer	248	248
Lundtof	174	147
Lügumkloster	452	395
Norburg	—	148
Norderrangstrup	—	28
Rödding	—	9
Rothenkrug	211	190
Scherrebek	—	39
Sundewitt	—	59
Südalsen	—	40
Sonderburg	612	570
Tingleff	1.156	1.097
Tondern	765	741
Woyens	—	106
Apenrade	706	715
Insgesamt	5.315	5.595

### Nerv getroffen

Man mag fluchen, schimpfen oder bedauern, aber zu beschönigen gibt es nichts: trotz der erfreulichen Tatsache, daß die Schleswigsche Partei nur nicht alle

Mandate hat behaupten können, sondern darüber hinaus sogar noch zwei neue Mandate gewonnen hat, ist das Kommunal-Ergebnis schlecht und das Resultat der Amtratswahl für die Liste S noch schlechter. Das Votum des Wählers – man mag es als Unrecht empfinden – ist souverän, und vor diesem Hintergrund hat die Schleswigsche Partei künftig ihre Politik zu machen; am politischen Nerv empfindlich getroffen!

Daß in den vergangenen vier Jahren rund 400 Sterbefälle zu verzeichnen waren, daß für die Abwanderung von Jugendlichen ins »alte Land« kein Ersatz gefunden worden ist, kann natürlich als Ursache für das schlechte Wahlabstneiden nicht geleugnet werden, aber wer keine neuen Wählerschichten gewinnt, der kann sich nur darüber freuen, daß die niedrigere Wahlbeteiligung nicht noch Mandate gekostet hat. Daß es aber möglich ist, Wählergruppen über die reine Volksgruppe hinaus für die Liste S zu holen, zeigen viele Einzelergebnisse u. a. in Uk und in Wollerup; wird am besten aber wohl durch den Hauptvorsitzenden Gerhard Schmidt als Gravensteiner Kommunalratsmitglied dokumentiert, denn seinen 305 Stimmen stehen lediglich 188 für die Schleswigsche Partei bei der Amtratswahl gegenüber. Klar ist auf jeden Fall, daß der Trend zu Persönlichkeitswahlen – als Beleg dafür nur Philipson, Terp Nielsen in Apenrade, Dørflinger in Hadersleben, aber auch Hardy Knudsen in Tingleff – auch der Schleswigschen Partei Verluste gebracht hat und daß sie hier ihre Politik nicht nur inhaltlich, sondern auch personell kritisch überprüfen muß; nicht zuletzt auch im Zeitalter von TV-Syd!

Besonders bitter muß es sein, daß die kulturpolitische Solidarität vieler Mitglieder am Wahltag nicht zum Tragen kommt. Viele bedienen sich zwar der kulturellen Angebote, sind aber am Wahltag nicht bereit, dafür auch ihr Kreuz zu setzen, ja, man muß wohl feststellen, daß neben der Persönlichkeits- Frage die wirtschaftspolitisch-ideologischen Gründe, die früher bei Folketingswahlen für die Liste S Rückgang brachten, nun offenbar auch bei Kommunal- und Amtratswahlen für viele Wähler wichtiger sind als die kulturpolitische Unterstützung der Schleswigschen Partei.

Nun soll also wieder einmal sorgfältig analysiert werden.

Das hat man nach jeder schlecht verlaufenen Wahl oft genug gehört.

Haben die Verantwortlichen der Volksgruppe Kraft und Mut, endlich neue Weichen zu stellen, dann wäre diese Wahlschlappe vielleicht doch als gesunder Denkkettel zu betrachten? ! Wenn aber zwischen den Wahlen nichts geschieht, kann man die Kurve nach unten nur verlängern.

Aber wie lange noch – nach innen und außen?

## Anerkennung für neue Töne aus Kiel

Die neuen Töne der Kieler Landesregierung gegenüber der dänischen Volksgruppe werden offenbar auf der kommunalen Ebene nicht gehört.

Diese Ansicht vertrat der Vorsitzende des Südschleswigschen Vereins (SSV), Ernst Vollertsen, am Sonnabend bei der Landesversammlung seiner Organisation in Husum. Vollertsen betonte, einige Gemeinden im Landesteil Schleswig hätten Betriebskostenzuschüsse an dänische Einrichtungen mit dem Hinweis verweigert, dänischorientierte Bürger könnten entsprechende öffentliche Einrichtungen benutzen. Diese Zuschüsse würden als sogenannte freiwillige Leistungen gezahlt, dessen Höhe von den Gemeinden selbst bestimmt wird. Die Volksgruppe wünsche sich jedoch eine Bezuschussung in gleicher Weise, wie es bei den öffentlichen Einrichtungen der Fall sei.

Wörtlich sagte Vollertsen: »Wir sind ein natürlicher Teil der Bevölkerung, und deshalb müssen unsere Aktivitäten mit der öffentlichen Kulturarbeit gleichgestellt werden.

Er wisse um die Selbständigkeit der Gemeinden, sagte der SSV-Vorsitzende weiter. Trotzdem würde er es für hilfreich erachten, wenn Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel die Gemeinden in einem Schreiben dazu auffordern würde, die Bezuschussung der Einrichtungen der dänischen Volksgruppe mit denen der öffentlichen Einrichtungen gleichzustellen. Ebenfalls müsse die Volksgruppe generelle Baukostenzuschüsse für ihre Schulen, Versammlungshäuser usw. fordern. Nur so könnte die »Bettelei« durch verschiedene Instanzen aufhören.

Vollertsen fügte hinzu, es gäbe auch eine größere Anzahl Gemeinden und Kreise, die die Volksgruppe als gleichwertigen Partner behandeln.

Der SSV-Vorsitzende wies auf die Worte Dr. Barschels hin, dieser fühle eine Verantwortung für die freie Entfaltung des dänischorientierten Bevölkerungsteils und daß er frühere Wege in der Landespolitik korrigiert habe und der Ansicht sei, die Mehrheitsbevölkerung müsse der Minderheit Sonderrechte einräumen.

»Wir haben diese Worte und insbesondere die sie begleitenden Taten mit Anerkennung begrüßt«, sagte Vollertsen. »Gegenüber der Volksgruppe hat die Landesregierung einen neuen Kurs eingeschlagen. Die Landeszuschüsse für unsere dänischen Schulen sind jetzt den Zuschüssen der öffentlichen Schulen gleichgestellt, für die Erweiterung der dänischen Bibliothek in Flensburg erhalten wir vom Land 5,5 Mill. DM, und auch bei den Zuteilungen aus dem Zonenrandprogramm werden wir in steigendem Maße berücksichtigt. Im nächsten Jahr wird der globale Zuschuß des Landes an den Südschleswigschen Verein, der jetzt DM 850.000 beträgt, um 3% aufgestockt, und aus dem Verfügungsfond des Ministerpräsidenten haben wir verschiedene Beträge für unsere Versammlungshäuser und Vereine erhalten. Wir haben auch vermerkt, daß der Ministerpräsident allen dänischen Vereinen einen Dank für die Arbeit, die sie für

die Bevölkerung dieses Landes leisten, ausgesprochen hat.

Nach langer Zeit erreichen uns jetzt neue Töne der Landesregierung. Es sind Töne, die wir unter dem Amtsvorgänger Dr. Barschels vermissen mußten. Wir haben diese Töne zur Kenntnis genommen, und ich glaube sagen zu können, sie entspringen einer ehrlichen Überzeugung dessen, daß wir ein Teil der Bevölkerung dieses Landes sind.«

Vollertsen teilte mit, auch von Kultusminister Dr. Peter Bendixen seien Signale gekommen, wonach die kulturelle Arbeit des Südschleswigschen Vereins im neuen Kulturprogramm des Landes Berücksichtigung finden wird. Aber gerade angesichts dieser Tatsache sei es eine große Enttäuschung gewesen, daß die dänische Kulturarbeit während der Kulturdebatte im Landtag, wo der SSW-Abgeordnete Karl Otto Meyer nicht zugegen sein konnte, mit keinem Wort erwähnt wurde. »Dies zeigt, daß wir nicht ein selbstverständlicher Teil des Kulturbildes dieses Landes geworden sind,« fügte der SSV-Vorsitzende hinzu.

Die Mitgliederzahl des Südschleswigschen Vereins betrug Anfang des Jahres 19.888. Im Vergleich zum Vorjahr handelt es sich um einen Rückgang um 392. Dieser wird u. a. mit der sinkenden Bevölkerungszahl begründet.

*Südschleswigscher Pressedienst*

\*

»Grænseforening«: Wunsch der deutschen Büchereien ist berechtigt

*Prof. H. P. Clausen plädiert für eine angemessene Lösung in der Zuschußfrage.*

*Im November Werbeaktion bei 700.000 Haushalten in ganz Dänemark.*

Der Vorsitzende der dänischen »Grænseforeningen«, Staatsbibliotheksdirektor Prof. H. P. Clausen, Århus, hat die Berechtigung des jahrzehntelangen Wunsches des Verbandes deutscher Büchereien Nordschleswig nach einer zufriedenstellenden öffentlichen Zuschußregelung für die deutschen Büchereien unterstrichen. In den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 habe bereits damals »nichts Sensationelles« gelegen, sagte Clausen auf der Vertreterversammlung der »Grænseforeningen« am Wochenende in Nyborg Strand, wenn auch die Bonner Erklärung ihre Bedeutung habe. Die Kopenhagener Erklärung sei hingegen »im großen und ganzen – abgesehen einmal vom Examenrecht für ein deutsches Gymnasium in Apenrade – nur ein Aufzählen der geltenden Regeln« gewesen, so Clausen. »In einem einzelnen Punkt hat die deutsche Minderheit nach wie vor einen nachdrücklichen Wunsch. Es ist die Frage nach Zuschüssen für ihr Bibliothekswesen. Ich glaube, daß es in aller Interesse liegt, daß die Sache eine angemessene Regelung findet.«

Seit der Gründung des »Grænseforeningen« am 2. November 1920 habe sich »viele tiefgreifend verändert«, stellte Clausen fest. »Es besteht kein Zweifel, daß

die Atmosphäre sowohl in Bonn als auch in Kiel Veränderungen in positiver Richtung gegenüber dem südschleswigschen Dänentum unterzogen gewesen ist. Man spürt – und das auch in der Praxis – ein Verständnis gegenüber der dänischen Minderheit wie nie zuvor. Mehr und mehr spürt man in tonangebenden Kreisen, daß das Dänentum einen natürlichen Teil im Alltag des Landesteils Schleswig darstellt.«

»Die Zeit des vollkommenen Glücks ist noch nicht ganz da«, meinte Clausen. »Es gibt nach wie vor Punkte, in denen das südschleswigsche Dänentum und die nationalen Friesen ihre berechtigten Wünsche noch nicht erfüllt erhalten haben.« In der heutigen Situation sei man so weit, sagte Clausen, erstmals seit vielleicht 150 Jahren andere Seiten des deutsch-dänischen Miteinanders im Grenzland zu zeigen als die Gegensätze. »Ich denke hier an den kulturellen Reichtum, die Begegnung zwischen deutscher, dänischer und friesischer Kultur.«

Eingehend auf die aktuelle Situation des dänischen Grenzvereins, teilte Clausen mit, daß der »Grænseforening« nach wie vor einen – wenn auch schwachen – Mitgliederrückgang zu verzeichnen habe.

Dennoch: »Eine Mitgliederzahl von rund 50.000 ist in unseren Tagen nicht zu verachten«, so Clausen. »Aber das ist nicht genug; und es ist ganz und gar nicht zufriedenstellend, daß die Zahl eine fallende Tendenz aufweist.«

Der Vorsitzende kündigte in diesem Zusammenhang eine großangelegte Werbeaktion des »Grænseforeningen« im November an: Gut 700.000 Haushaltungen im ganzen Land würden eine kleine Informationsbroschüre über den Grenzverein und das Grenzland sowie eine Anmeldekarte erhalten. Darüber hinaus habe der Grenzverein für seine »Sønderjyske Lotteri« in den großen örtliche TV- Kanälen in Kopenhagen und Århus geworben. Des weiteren arbeite man an einer Hörfunksendung über Grenzlandprobleme und über den Grenzverein; ebenso hoffe man auf ein stärkeres Interesse der Presse an Themen aus der dänischen Minderheit.

Man wisse beim »Grænseforeningen«, »daß wir mehr Freunde als Mitglieder haben«, stellte Prof. Clausen fest. Das beweise die Jahresrechnung: Die Mitgliederbeiträge machten 204.474 Kronen aus, die Einnahmen durch die »Sønderjyske Lotteri« hingegen 235.459 Kronen.

Im Rechnungsjahr 1984/85 habe der Grenzverein gut 2,7 Millionen Kronen für Grenzlandzwecke in Südschleswig und einen kleinen Teil davon in Nordschleswig verwendet. »Das ist mehr als im Jahr vorher.« Der Verein habe außerdem versprochen, eine Million DM (!) zur gesamten Bausumme von elf Millionen DM für den Erweiterungsbau der dänischen Zentralbibliothek in Flensburg zu beschaffen. Niemand brauche hier nervös zu sein, so Clausen. »Wir haben das Geld!«

*»Der Nordschleswiger«*